

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 33
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
18. August 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Aepfer, Berlin
Redaktion und Expedition: Dechler SO. 19, am Rastplatz Post 2
Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20

Der Preis der Zeitung beträgt für die sechs wöchentliche Monatsbezüge oder deren Raum 1,50 Mark. / Für Verbandsmitglieder 75 Pfennig. / Für Verbandsanzeigen 50 Pfennig für die Zeile.

Schlagwörter oder Wirtschaftspolitik?

Randbemerkungen zur passiven Handelsbilanz.

Von Kurt Heinig, M. d. R.

Die Zeiten sind glücklich hinter uns, da es alle Tage neue wirtschaftliche Probleme regnete. So mancher heiße Streit ist um „Planwirtschaft“, „Inflation“, „Deflation“, „wertbeständigen Lohn“, „Sozialisierung“, „Zwangswirtschaft“, „Rationalisierung“, und wie die brennenden Tagesfragen sonst noch gestempelt schienen, ausgefochten worden. Bei näherer Untersuchung stellte sich nur allzuoft heraus, daß die Meinungen in Arbeiterkreisen deswegen gegenteilig waren, weil man sich vorher nicht darüber auseinandergesetzt hatte, was für Vorgänge und Tatsachen mit dem Schlagwort eigentlich bezeichnet wurden. Unbestritten ist, daß dabei gerade in unseren Kreisen dennoch außerordentlich viel gelernt wurde, es entstanden Einsichten und Erkenntnisse der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die durchaus beachtlich sind. Nicht allzu selten wurde dabei sogar mit Recht festgestellt, daß die sogenannten Fachleute und verantwortlichen Regierungsmänner weder ausreichende Kenntnis der Probleme hatten noch zureichende Lösungen vorzuschlagen wußten.

Wer geglaubt hat, daß mit der Stabilisierung der Wirtschaft und dem Wiedererwachen der Konjunktur jene Zeiten der Irrungen und Wirrungen endgültig vorbei seien, ist in einem schweren Irrtum befangen. Heute haben wir genau wieder das gleiche gefährliche Theater. Zurzeit heißt das Schlagwort „passive Handelsbilanz“, und die Unken quaken wie ehemals, „Fachleute“ rätseln und Regierungsmänner heben warnend den Zeigefinger. Brachte es doch z. B. der Reichsernährungsminister Schiele sogar fertig, zu erklären, daß durch Zollerhöhungen auf Nahrungsmittel unsere passive Handelsbilanz wieder in Ordnung gebracht, also zu einer aktiven Handelsbilanz umgewandelt werden könne!

Nun sind unsere Außenhandelsziffern tatsächlich in eigenartiger Entwicklung. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind nach Deutschland für rund 1965 Millionen Mark mehr Waren eingeführt worden als Waren über unsere Grenzen Deutschland verlassen haben.

Es würde hier zu weit führen, wenn man die ganze Reihe von Fehlerquellen aufzählen wollte, die in unseren Außenhandelsziffern stecken. Nehmen wir deswegen einmal die Zahlen als richtig an und untersuchen wir unsere wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen etwas genauer. Dabei stoßen wir sofort auf etwas besonders Auffälliges. Obwohl das Passivum der Handelsbilanz immer größer wird, borgen die internationalen Kapitalmärkte ständig mehr Geld nach Deutschland.

Allein im Monat Juli 1927 sind Auslandsanleihen im Gesamtbetrag von 333,7 Millionen Mark aufgelegt worden. Am Anfang des Jahres wurden für über 550 Millionen Mark Inlandsanleihen aufgelegt! Damals wurden im Ausland kaum 50 Millionen Mark deutscher Anleihen ausgegeben. Heute ist die Entwicklung völlig umgekehrt; Zahl und Umfang der Anleihen der deutschen Industrie, der Städte und Realcreditbanken (Hypothekenbanken) werden wieder ständig größer. Es fließt also in großem Umfang ausländisches Geld nach Deutschland herein. Nebenbei bemerkt, hat das seine greifbarste Ursache darin, daß das Geld hier gute Zinsen bekommt; Anfang des Jahres wanderten erhebliche Mengen deutschen Geldes nach dem Ausland, weil es dort besser und risikofreier verdiente als bei uns!

Wir sehen, daß die passive Handelsbilanz dadurch, daß sie mit wichtigen Vorgängen der Zahlungsbilanz zusammengestellt wird, in ihren Zusammenhängen nicht einfach, sondern komplizierter

wird. Hier soll das ganze Problem nicht gelöst werden, wir wollen ihm aber etwas näher zu Leibe rücken.

Was ist's eigentlich mit der Handelsbilanz? Der größte Irrtum aller Erörterungen über dieses Thema liegt in drei Ursachen.

Einmal wird übersehen, daß die Handelsbilanz eines Landes, also Ein- und Ausfuhr von Waren, nur einen Teil seiner wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern darstellt.

Zum anderen wird übersehen, daß die Handelsbilanz „Bilanz“ keine kaufmännische Erfolgsbilanz ist, bei der der Überschuß der einen Seite des Hauptbuchs über die andere entweder Gewinn oder Verlust bedeutet. Die Handelsbilanz zeigt nicht den Stand des Handels, den „Jahresabschluß“, sondern sie ist die Darstellung der Bewegung im internationalen Warenverkehr. Aus Rohstoffen, die im Dezember 1926 über die Grenzen hereinkommen, entstehen Fertigfabrikate, die vielleicht erst im Mai des nächsten Jahres das Land wieder verlassen. Wanderin die verarbeiteten Rohstoffe nicht wieder aus dem Land hinaus, dann entstehen ausländische Guthaben, die entweder als Kapitalanlage im Lande bleiben oder sich auf dem Wege über die Zahlungsbilanz wieder ausgleichen.

Diese Bemerkung zeigt schon, daß es auch Umstände geben kann, wo ein Land für Kapital in all seinen Formen ein Ausfuhrland oder ein Einfuhrland ist. Solche Vorgänge haben wir gelegentlich schon in allen Staaten der Welt gehabt. Zum Beispiel waren die Vereinigten Staaten von Amerika vor dem Kriege ein Land mit starker und andauernder Kapitaleinfuhr.

Der dritte Irrtum besteht darin, daß angenommen wird, die vorhandenen Zahlen über die Zahlungsbilanzen (bei denen die Handelsbilanz immer nur ein Teil ist), seien vollkommen richtig. In Wirklichkeit muß ein erheblicher Teil der Einzelposten der Handelsbilanz und im besonderen der gesamten Zahlungsbilanzen der Länder irgendwie geschätzt werden.

Aus welchen Gruppen besteht überhaupt eine Zahlungsbilanz? Die erste Gruppe umfaßt den Warenhandel, für Deutschland also den freien Handel und die Sachleistungen im Reparationsverkehr. Die zweite Gruppe umfaßt Dienstleistungen: Schiffsverkehr, Durchfuhrverkehr, Reiseverkehr, Versicherungsgeschäfte, Postverkehr, Löhne ausländischer Arbeiter, Kraftverkehr, Filmlizenzen. Die dritte Gruppe umfaßt Zinsen. Die vierte Gruppe umfaßt — immer für Deutschland gesehen — die geldlichen Reparationsleistungen. Die fünfte umfaßt Kapitalübertragung durch Wanderungen. Die sechste umfaßt die Bewegung der Währungsbedeckungsmittel, und zwar Edelmetalle und Deckungsdepots (Wechsel auf ausländische Plätze). Die siebente umfaßt den Kapitalverkehr, und zwar langfristige Anleihen, Warenkredite, Tilgung von Anleihen, Ver- und Rückkauf deutscher Immobilien (Grundstücke, Häuser) und Effekten (Staatspapiere, Industriepapiere), Bewegung der freien Devisen der Reichsbank, Rückfluß gehamsterter Noten, sonstige Kredite und noch einiges andere.

Jeder dieser Posten hat eine Deutschland belastende und eine Deutschland erkennende Seite. Für die Gesamtbilanz wirkt sich aber nicht die Größe der einzelnen Posten (sie werden ja nicht zusammengezählt!), sondern nur deren Überschuß der Belastung über die Guthaben oder der Guthaben über die Belastung, also das Saldo aus.

Das Statistische Reichsamt hat nach dem obigen Schema eben eine Übersicht der Zahlungs-

bilanzen Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten gegeben. Dabei sind natürlich nur die Saldo, also die einzelnen „Überschüsse“ oder „Unterschüsse“ für die wichtigsten Gruppen jener drei Länder für 1925 zusammengestellt.

Es ergibt sich das folgende Bild:

Die Zahlungsbilanzen Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Millionen Dollar.

	Deutschland 1925		England 1925		V. St. u. Amerika 1925	
	Passiv- seite	Aktiv- seite	Passiv- seite	Aktiv- seite	Passiv- seite	Aktiv- seite
Saldo aus						
Warenhandel u. Währungsbedeckungsmitteln	772	—	1850	—	—	884
Dienstleistungen u. Kapitalbewegung durch Wanderungen	—	38	—	980	493	—
Zinsen	21	—	—	1200	—	515
Reparationen	188	—	—	40	—	—
Sonstiger Kapitalbewegung	—	941	350	—	856	—

Zu diesen Ziffern bemerkt das Statistische Reichsamt, daß sich aus ihnen etwas Grundfähliches ergäbe, nämlich daß bei der gegenwärtigen Struktur der deutschen Volkswirtschaft der Ausgleich ihrer erheblichen passiven Handelsbilanz durch Kredite des Auslands erfolge. In England ergibt sich der Ausgleich der dort schon seit vielen Jahren passiven Handelsbilanz aus dem Zins- und Frachteinkommen. In den Vereinigten Staaten, die in den Jahren nach dem Kriege eine aktive Handelsbilanz hatten, ist das Zins- und Frachteinkommen der Faktor, der heute den Grundstock für die Kapitalausfuhr liefert.

Die derzeitige erhebliche Einfuhr ausländischen Kapitals nach Deutschland ist also an sich nichts Schreckliches, ebensowenig wie die derzeitige passive Handelsbilanz. Eine andere Frage ist für uns, mit welchem Zinsfuß das geliehene Kapital bezahlt werden muß, und zu welchem Zwecke das Kapital verwendet wird. Solange wir eine privatkapitalistische Wirtschaft haben, wird beides nach privatkapitalistischen Prinzipien geregelt werden. Richtig ist, daß wir mit diesen Grundsätzen durchaus nicht einverstanden sind, und daß sie geändert werden müssen. Dieses Ziel wird aber nicht dadurch erreicht, daß man sich Schlagwörter oder Wertstättresolutionen an den Kopf wirft, sondern dadurch, daß wir in unserem Land zunehmenden Einfluß und Macht gewinnen.

Triumph der Frau?

Arthur Schopenhauer, der Philosoph des bürgerlichen Pessimismus, war auch in der Wertung der geistigen Fähigkeiten der Frauen kein Optimist. Er liebte sie zwar in Einzelansagen ungemein, weil sie ihm unentbehrliche Beweise seiner Mannheit waren, aber insgesamt wollte er von der weiblichen Nation nicht viel wissen und wies ihr eine sehr untergeordnete Stellung in der Gesellschaft an. Er nannte sie die Nummer 2 des menschlichen Geschlechts, die nichts ernst nehme außer der Liebe: „Dementsprechend halten die jungen Mädchen ihre häuslichen oder gewerblichen Geschäfte in ihrem Herzen für Nebensache, wohl gar für bloßen Spaß.“

Man darf ruhig sagen, daß diese Schopenhauerische Weisheit bis Ende des vergangenen Jahrhunderts Gemeingut des Bürgertums war, zum Teil bis heute blieb. Sie hat „wissenschaftliche“ Begründungen sogar noch in der Physiologie unseres Jahrhunderts gesucht. Und auch heute ist noch nicht vergessen der Hohn und Spott gegen die aufstrebende bürgerliche Frauenbewegung, die von der Forderung nach wirtschaftlicher Selbständigkeit ausging und damit ganz unbewußt und ungewollt eine Konzeption, eine sehr wesentliche sogar, an historisch-materialistische Gedankengänge gemacht hatte.

Von alledem ist es still geworden. Nicht nur in den Formeln der Reichsverfassung, sondern auch in der Lebenspraxis erwacht sich die Frau Gleichberechtigung und dringt immer weiter in Bezirke vor,

Zum Entwurf eines Reichsschulgesetzes.

Von Dr. Siegfried Kawerau.

Während in Wien die Salven der Polizei in die Arbeitermassen losgingen, legte die deutsche Kulturreaktion schnell und losse das neue Reichsschulgesetz dem deutschen Volk vor die Füße, in der Hoffnung, es würde vor den Rauchschwaden der Wiener Straßenbrände verbrennen und unbeachtet bleiben. Doch das deutsche Volk begann über diesen Aberglauben zu stolpern, ja der Reglerungswagen krachte in allen Augen. Wir müssen uns diesen „Aberglauben“ etwas genauer betrachten.

Die Reichsverfassung hat durch das Weimarer Schulkompromiß die Rechtslage geschaffen, von der hier — so schmerzhaft sie auch für uns ist — ausgegangen werden muß. Artikel 146 der Reichsverfassung sieht eine „für alle gemeinsame Grundschule (Volksschule) vor. Nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner (des Kindes) Eltern“ sind maßgebend. Der zweite Absatz sieht als Ausnahme Bekenntnis- oder Weltanschauungsschulen vor, die nur auf besonderen Antrag errichtet werden dürfen. „Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“

Der vorliegende Entwurf des durch die Verfassung in Aussicht gestellten Reichsschulgesetzes erklärt (§ 2):

„Es gibt folgende Formen der deutschen Volksschule:

- a) die nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule (Gemeinschaftsschule),
- b) die Bekenntnisschule,
- c) die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule).

Diesen Schulformen ist — unbeschadet des Artikels 146, Abs. 1 RV. — im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.“

Also: Statt der verfassungsgemäßen Regelschule für alle (Gemeinschaftsschule) drei gleichberechtigte Formen. Wie ein schlechter Scherz klingt die Bemerkung „unbeschadet des Artikels 146, Abs. 1 RV.“ — denn gerade dieser Absatz 1 schließt eine solche Auslegung der Verfassung grundsätzlich aus. Aber wir sind ja solche schlechten Scherze gewöhnt: Die Verfassung verlangt in Artikel 146, es müsse die Teilnahme am religiösen Unterricht erklärt werden, das preussische Unterrichtsministerium erklarte das dahin, dieser Forderung werde dadurch am besten Rechnung getragen, wenn die Nichtteilnehmer sich abmelden.

Nach zurück zum Gesetzesentwurf des Herrn v. Reudoll. Durch solche Wägchen mit dem Wort „unbeschadet“ soll der Wortlaut des Gesetzes als nicht verfassungsändernd erscheinen, und ein derartiges „Gutachten“ ist auch bereits vorbereitet.

Wir hätten also, wenn der Entwurf Gesetz wird, drei Schulformen gleichberechtigt nebeneinander. Die erste Form, die Gemeinschaftsschule, soll der in Abs. 1 Artikel 146 gekennzeichneten Regelschule entsprechen. Ist wenigstens hier dem Geist der Verfassung entsprochen?

Das Gesetz erläutert die Gemeinschaftsschule: „Die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen

Ob dieser Zustand kulturell erwünscht sei oder nicht, im Sinne der Gemeinschaft notwendig oder schädlich, steht jetzt hier nicht zur Erörterung. Es galt nur kurz auf seine Entwicklungsgeschichte hinzuweisen und die Ursachen aufzuheben, die nur zu häufig zweckbestimmt in Nebel gehüllt werden. Nicht dem sozialen oder kulturellen Gewissen unserer Zeit verdankt das weibliche Geschlecht seine heutige Stellung in der menschlichen Gesellschaft, sondern ganz allein den Erfordernissen unseres Wirtschaftssystems, das in notwendiger Erfüllung seiner Entwicklungstendenzen zugleich soziologisch umwerten und den Boden und das menschliche Bewußtsein für eine höhere Stufe der Gesellschaftsordnung vorbereiten mußte. Indem es aus Profitgier, der Sucht nach billiger Arbeitskraft, die Frauen der wohlhabenden und bevormundenden Sitte des Familienbrotentriebs, brachte es ihnen nicht nur ihre einstige soziologische Unterbreitung zum Bewußtsein, sondern gab ihnen zugleich das einzige Mittel, ihr zu entfliehen, die wirtschaftliche Selbstständigkeit, in die Hand. Es erfüllt sich an ihm daher um so schneller das Schicksal jedes Mittels, das in der Erfüllung überflüssig wird und neuen Methoden weichen muß.

Die Frauenarbeit ist nicht mehr fortzudenken, sie ist unentbehrlich geworden als Resultat eines halben Jahrhunderts Entwicklung zum Hochkapitalismus. Im Interesse des kulturellen Fortschritts der Menschheit müssen wir hoffen, daß sich die Frauen in ihrer Masse recht bald, in noch schnellerem Tempo ihrer Macht bewußt werden, die ihnen ihre erhöhte wirtschaftliche Bedeutung gegeben hat! B. D.

Reichsforschungstelle für Wirtschaftlichkeit in Bau- und Wohnungswesen.

Die Gewerkschaften haben im Winter 1926 Richtlinien für den Wohnungsbau aufgestellt. Unter anderem wird hier gefordert: „Unter Leitung des Reiches ist eine besondere Forschungstelle einzurichten, die in Verbindung mit den bestehenden Einrichtungen dieser Art alle Neuerungen der Bautechnik sowie neuere Baumethoden prüft und sie für die Anwendung reif macht.“

Volkkultur sind im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen.“ Diese Gemeinschaftsschule wird also eine speziell christliche sein. Die Verfassung will für die Gemeinschaftsschule — abgesehen vom Religionsunterricht, den die Gruppen für sich haben — keine Rücksichtnahme auf das Religionsbekenntnis. Also eine neue Verlesung der Reichsverfassung! Für jüdische, für religionslose Kinder ist in dieser famosen Gemeinschaftsschule kein Platz.

Die zweite Form ist die Bekenntnisschule, die von der Ausnahme zur Gleichberechtigung, wenn nicht zur Hauptform aufgestellt ist. „Lehrpläne, Lehr- und Lernbücher sind der Eigenart der Schule anzupassen.“ Das bedeutet, daß wir evangelische, katholische, jüdische usw. Geschichts-, Völker-, Nebenbücher bekommen; „Im Leben der Schule sind, unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 136, Abs. 4, und Artikel 140, Abs. 2 RV., die dem Bekenntnis eigenen religiösen Abungen und Gebräuche zu pflegen und die dem Bekenntnis eigenen Feiertage und Gedenktagen zu berücksichtigen.“ „Unbeschadet“ sagt dies Gesetz immer dann, wenn es eine Bestimmung der Reichsverfassung verletzt. In den genannten Artikeln wird ausdrücklich jeder kirchliche oder religiöse Zwang untersagt. So widerspricht auch in dieser Beziehung die geplante Form der Bekenntnisschule der Reichsverfassung.

So stehen diese beiden Schulformen im Grunde als mehr oder weniger strenge Konfessions- oder Kirchenschulen da. Und um das Zustandekommen derartiger Schulen zu erleichtern, geht man einfach beim Inkrafttreten des Gesetzes die bestehenden, nach Bekenntnissen nicht getrennten Volksschulen mit Religionsunterricht als Gemeinschaftsschulen und die evangelischen, jüdischen und katholischen Volksschulen als Bekenntnisschulen. Ein Antrag ist gar nicht mehr nötig. So wird der Reichsverfassung von neuem ein Schnippschen geschlagen, und eines Tages werden sich die Eltern verwundert die Augen reiben über die merkwürdigen Kirchenschulen, in denen ihre Kinder plötzlich sitzen.

Als Trost wird die dritte Form, die bekenntnisfreie Schule, gewährt. Es sind die im Volk als weltliche oder Sammelschulen bekannten Schulen gemeint. Hier darf nach dem Gesetz kein Religionsunterricht erteilt werden, also auch kein religionsgeschichtlicher. Während an den beiden ersten Schulformen nur christliche (oder auch — bei 2 — jüdische) Lehrer hauptsächlich angestellt werden dürfen, können an der „Bekanntnisfreien“ „Ungewöhnliche jedes Bekenntnisses sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden.“ Hier schimmert der Reaktion ein Hoffnungsstrahl, auch die „Bekanntnisfreien“ Schulen durch christliche Lehrer für die Kirche zurückzugewinnen.

Die schwarz-blaue Reaktion versucht also mit aller Kraft, durch das vorliegende Reichsschulgesetz die Jugend nicht der Religion, wie vorgegeben wird, sondern der Kirchen zu zuzugewinnen, der Kirche, die, mit allen Organen der alten Autorität und der privatwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, ergeben ist.

Aber die Notwendigkeit einer solchen Forschungsstelle ist sich alle Welt einig, trotzdem hat ihre Gründung lange auf sich warten lassen. Jetzt endlich ist sie erfolgt, und zwar unter dem Namen: Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V. Ihr Vermögen beträgt 10 Millionen Mark Reichsgelder zur Verfügung. Vorstehende der Gesellschaft sind Reglerungs- und Baurat Albbert, der seit Jahren die Fragen der Rationalisierung des Wohnungsbaues theoretisch und praktisch bearbeitet, und Dr. Weber (Münster). Dem Verwaltungsrate gehört u. a. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hilferding an. Zu den ständigen Sachverständigen der Gesellschaft gehören u. a. die Architekten Prof. Mebes (Berlin), Prof. Gropius (Dessau) und Stadtbaurat May (Frankfurt a. M.).

Wir wollen hoffen, daß die Forschungsgesellschaft recht bald und tatkräftig an ihre Arbeit geht. Weiter hoffen wir, daß sie sich bei ihren Vorschlägen von Übertreibungen, besonders in bezug auf den Stilk der Häuser, fernhält.

Vorbildliches aus Amerika.

Das Verbandsorgan der amerikanischen Holzarbeiter „The Carpenter“ berichtet folgende kaum glaubliche Tatsache: Die Chicagoer Baufirma Woboldt Company hatte für die Universitäts-Gauston (Staat Illinois) ein Gebäude zu errichten. Der Baupreis war fest vereinbart (die Summe wird leider nicht angegeben, sie ist in diesem Zusammenhang aber auch ohne Bedeutung). Die Baufirma stellte das Gebäude her, und die Universität war damit zufrieden. Sie zahlte der Firma den Restbetrag aus, diese strich ihn ein, im gleichen Augenblick zahlte sie der Universität 153 872 Dollar wieder zurück, und zwar mit der Erklärung, daß der vereinbarte Baupreis zu hoch gewesen sei, jedenfalls habe sie nach Abrechnung eines guten Gewinns den zurückgezählten Betrag als Überschuß zu verzeichnen.

Als Beweis dafür, daß die Geschichte auf Wahrheit beruht, druckt „The Carpenter“ die entsprechenden Schreiben der Baufirma und der Universität ab. — In Deutschland ist so etwas noch nicht vorgekommen. Die deutschen Bauunternehmer tun das Gegenteil, sie „erfreuen“ den Bauherren in der Regel mit einer ganz ansehnlichen Nachforderung.

die noch vor einem knappen Menschenalter ausschließlich den Geschlochtenen Schopenhauers reserviert schienen. Es wäre aber völlig verfehlt, darin ein Zeichen verschärften Kulturwissens, kultureller Neuorientierung der menschlichen Geistigkeit überhaupt erblicken zu wollen. Wo immer selbst sich auch hier der ungeheuer revolutionisierende Einfluß der modernen wirtschaftlichen Entwicklung, die die Voraussetzung zu der veränderten soziologischen Stellung und Wertung der Frau war. All das Geschwätz von der geistigen Sonderheit des weiblichen Geschlechts und seiner unentbehrlichen Rolle als Ergänzung männlicher Zielstrebigkeit in kulturellen und sonstigen Dingen muß vor der einen Tatsache verbleiben, daß es in Jahrtausenden menschlicher Kultur zwar immer geübt wurde, aber mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau durchaus im Gegensatz blieb. Ist sie doch auch in Deutschland erst seit dem Novemberersturz 1918 formell ihren männlichen Volksgenossen ebenbürtig, in sehr vielen anderen Kulturstaaten dagegen bis heute nur Objekt der Gesetzgebung.

Der entscheidende Anstoß zur geistigen Selbstständigkeit der Frau nicht nur, sondern auch zur Wandlung ihrer sozialen Bedeutung ging von einem wirtschaftlichen Bedürfnis aus, von dem Verlangen nach billiger Arbeitskraft. Das rasende Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs im letzten halben Jahrhundert, nicht allein in Deutschland, wäre ohne die Bereitstellung immer größerer Massen von menschlicher Arbeitskraft nicht möglich gewesen. Handel und Industrie griffen auf das noch heute unausgeschöpfte Reservoir der weiblichen Arbeit zurück, um so lieber und bereitwilliger, als es ihnen im Zusammenhang mit der sozialen Minderbewertung der Frau den Vorteil billiger Arbeitsleistungen bot. So wurden entsprechend der Ausdehnung des kapitalistischen Wirtschaftsapparats von Jahr zu Jahr mehr Arbeiterinnen und weibliche Angestellte in die Berufstätigkeit hineingezogen. Was einst der bürgerlichen Gesinnung „wohl gar für bloßen Spaß“ galt, wurde sehr schnell über jeden Spaß hinaus zum bitteren Ernst aller jener Dinge, die Zwang und soziale Notwendigkeit geworden sind. Vor der unentzerrbaren Sorge um die Sicherung des Lebensunterhalts wie vor den Anforderungen des kapitalistischen Wirtschaftsbetriebs selbst verschwand das Geschlecht, blieb allein die Arbeitskraft bestehen ohne Rücksicht auf ihre biologische Verkleidung. Der Wettlauf nach der Lohnhöhe rief immer neue Scharen von Frauen proletarischer wie bürgerlicher Herkunft in seinen zermürbenden Wirbel, der sehr schnell Hirn und Hände zu bewegen wußte und damit auch den Männern begreiflich machte, daß sie in der Verwertung ihrer Arbeitskraft keineswegs mehr ein Monopol besäßen, sondern froh sein müßten, wenn sie in der Lohnpreis Konkurrenz mit den weiblichen Berufskolleginnen bestehen könnten.

Diese Erkenntnis hat aufrüttelnd und für die Gleichstellung der Frau im Vorkampfe mehr gewirkt als jede Philosophie. Der Mann sah, daß die Frau für weniger Lohn die gleiche Arbeit verrichten mußte wie er selbst, und fühlte es auch bald am eigenen Beutel, wenn der Unternehmer daraus selbstverständliche kapitalistische Folgerungen zog. Er merkte, daß die Gewohnheit der eigenen Einschätzung der Frau, die unter dem Einfluß bürgerlicher Sitten und Denkwohnheiten sich kaum von der landläufigen bürgerlichen Meinung unterschied, dem kapitalistischen Profitstreben auf Kosten seines Arbeitslohns Vorhieb leistete. Denn, da er selbst das Weib als minderwertige Ausgabe seiner Gattung ansah, mußte er konsequent bleiben und die schlechtere Bezahlung der weiblichen Arbeitskraft als gerechtfertigt anerkennen. Noch bis heute sind die Nachwirkungen dieser sozialwirtschaftlichen Folgen der einstigen Frauenunterdrückung nicht überwunden.

Die Frauen selbst aber verdanken den ange deuteten Umständen recht eigentlich ihre Erlösung aus der verhängten Haus- und Familienflawerei vergangener Jahrhunderte. Ihnen steht jetzt mit ganz wenigen Ausnahmen jeder „Männerberuf“ offen, besonders seitdem der Krieg zeigte, daß die ganze ungeheure Wirtschaftsmaschinerie der Neuzeit jahrelang mit stärkster Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte auskommen konnte, während die waffenfähigen Arbeiter in den Schützengräben vertamen. Dies Beispiel war unumkehrbar und hat auch die letzten Hemmungen beseitigt, die bis dahin noch in sozialen Unterbewußtsein wach gewesen sein mögen. Die Frau hat sich als vollwertige Arbeitskraft durchgesetzt, weiß heute, daß sie sich selbst erhalten kann und vielfach sogar erhalten muß.

Diese Änderung ihrer sozialen Stellung konnte nicht ohne Rückwirkung auf ihr Bewußtsein bleiben. Aus der einst selbstverständlichen Hinneigung eines auf Geschlecht und Mutter-schaft aufgebauten Lebensstils, das in der Abhängigkeit von Mann oder Familie sich erfüllte, ist sie schnell in den größeren Freiheitskreis des sich selbst verantwortlichen Individuums wie der Gemeinschaft überhaupt hineingewachsen. Und die heranwachsende und in der ersten Jugendblüte liegende weibliche Generation denkt erst recht nicht mehr daran, wie einst zum größten Teil noch Mütter und Großmütter, beschreiben auf den Mann zu warten, dessen Leben zu teilen und zu verbringen sie als Hauptberuf empfanden, sondern ist in ihres Bewußtseins, unabhängig vom Geschlecht, sehr bewußt und will von den darin wurzelnden Wertungen nichts mehr wissen. Eigerlich mit Recht, mit einem Recht, das soziologisch begründet ist und nicht mehr rückwärts wandern werden kann, weil es auf der wirtschaftlichen Ordnung beruht.

Das geht alle an!

Von Wilhelm Sollmann.

Folgendes Geschichtchen ist tatsächlich wahr. Ich verbürge mich für die Richtigkeit. In einer westdeutschen Großstadt versuchte der Werber unserer Arbeiterzeitung, einen Gewerkschafts-Kollegen zu überzeugen, daß er anstatt des „General-Anzeigers“ das Arbeiterblatt beziehen müsse. Die Antwort war verblüffend. Der seit Jahren organisierte Gewerkschafter meinte nämlich: „Was heißt da Arbeiterblatt? Der „General-Anzeiger“ beschäftigt doch viel mehr Arbeiter als die sozialdemokratische Zeitung. Er ist also auch viel mehr Arbeiterblatt, und ich unterstütze viel mehr Arbeiter, wenn ich den „General-Anzeiger“ beziehe.“

Der gute Mann hatte nach jahrelanger, wahrscheinlich passiver Mitgliedschaft in seiner Gewerkschaft noch nicht begriffen, daß die kapitalistischen Zeitungen gegen die Organisationen der Arbeiter verstoßen und offen schreiben. Er hatte noch nicht begriffen, daß die Arbeiterklasse ebensogut wie die Unternehmer eine Tagespresse braucht, die im Sinne der Arbeiterforderungen die Öffentlichkeit beeinflusst. Jener ganz einseitige Gewerkschafter mag eine Ausnahme sein, traurige Tatsache aber ist jedenfalls, daß Millionen organisierter Gewerkschafter kein Arbeiterblatt lesen, sondern sich und ihre Familien unter den Einfluß einer bürgerlich-kapitalistischen Tageszeitung stellen. Diese vielen Kollegen sind eigentlich komische Leute. Nehmen wir an, es geschähe folgendes: Es läme einer in der Frühstückspause zu ihnen in den Betrieb oder nach Feierabend in die Wohnung und hielte ihnen Tag für Tag vor: „Die Arbeiter verdienen zuviel Geld. Darum ist alles so teuer. Auch können die Arbeiterfrauen nicht genug wirtschaften. Es wird zuwenig gearbeitet. Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht zugestanden werden. Der Achtstundentag ist Faulenzerei. Die Sozialpolitik muß abgebaut werden. Es geziemt den Arbeitern Dankbarkeit, weil die Unternehmer ihnen Arbeit geben. Im übrigen müßt ihr mehr auf den lieben Gott vertrauen und wieder frömmel werden usw. usw.“

Diesem Schwächer würde jeder organisierte Arbeiter die Türe weisen. Und nun das Merkwürdige: Wenn derselbe annahmende arbeiterfeindliche Unfuss, freilich etwas vorsichtiger formuliert, in einer Zeitung dem organisierten Arbeiter vorgelesen wird, so gibt er auch noch 1,50 bis 2 Mk. Abbonementsgeld dafür aus und läßt sich die täglichen Beleidigungen ruhig gefallen.

Wir müssen uns ganz darüber im Klaren sein, daß an einen wirklichen Sieg der Arbeitermassen in Staat und Wirtschaft nicht zu denken ist, solange die übergroße Mehrheit der Proletarier unter dem Einfluß der kapitalistischen Presse steht. Nichts zeugt mehr für den noch immer großen „Unverstand der Massen“, von dem das Arbeiterlied singt, als die furchtbare Tatsache, daß Millionen Arbeiter sich freiwillig in die geistige Abhängigkeit der Unternehmerpresse begeben und Zeitungsmillionäre noch reicher machen, statt die Arbeiterpresse zu unterstützen.

Vielleicht glaubt mancher, daß ich übertreibe. Nun, hier ist der Beweis. Es gibt rund 2500 bürgerlich-kapitalistische Zeitungen in Deutschland, aber nur 184 sozialdemokratische Zeitungen. Hinzu kommen die wenigen kommunistischen Blätter. Gewiß hat die sozialdemokratische Presse über 1,2 Millionen Bezahler. Aber was will das bezagen? Ein halbes Duzend der größten „General-Anzeiger“ allein hat soviel Bezahler wie die sozialdemokratische und die kommunistische Presse zusammen genommen. Allein die „Berliner Morgenpost“, die freilich republikanisch, wenn auch keineswegs sozialistisch ist, hat über 600 000 Bezahler. Der volksparteiliche „Stadt-Anzeiger“ in Köln, ein Anhängel der arbeiterfeindlichen „Kölnischen Zeitung“, hat 130 000 Bezahler usw. Gedankenlos abonnieren auch die Gewerkschafter hochkapitalistische Zeitungen.

Man muß wissen, daß auf 100 Einwohner in Deutschland nur 1,85 Bezahler sozialdemokratischer Zeitungen kommen und selbst auf 100 sozialdemokratische Wähler nur 14,25 Bezahler sozialdemokratischer Zeitungen entfallen, um manches zu begreifen. Denn es kann niemand gewerkschaftliche Arbeit und sozialistische Politik wirklich verstehen, wenn er sich nicht täglich über die Ursachen und die Beweggründe des Geschehens in der Arbeiterbewegung unterrichtet. Ist genug wird man erleben, daß gerade diejenigen am dümmsten und am „radikalsten“ daherschwätzen die nie ein Arbeiterblatt oder sozialistische Literatur zur Hand nehmen.

Das Jahr 1928 wird ein großes Wahljahr werden. Sandtagswahlen, Reichstagswahlen, Gemeindevahlen. Die Gewerkschaften wissen, was der Ausgang dieser Wahlkämpfe für sie bedeutet. Mit entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg ist die Ausbreitung der Arbeiterpresse. Die Gewerkschaften dürfen da nicht tatenlos zusehen. Auch für jede gewerkschaftliche Bewegung ist der möglichst große Einfluß des Arbeiterblattes notwendig. Gewerkschaftskartelle, Geschäftsleitung und Redaktionen der Arbeiterpresse sollten allerorten zu ge-

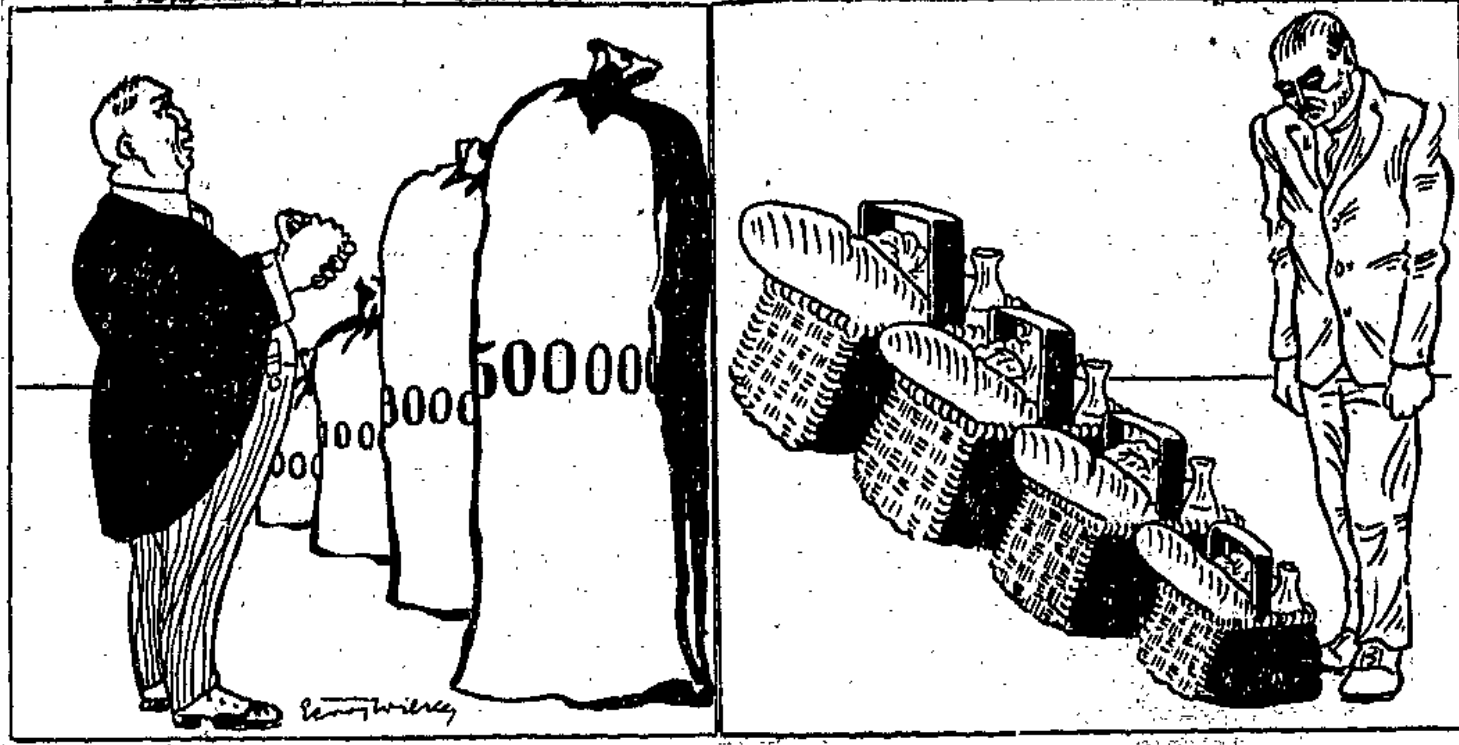
meinsamen Beratungen zusammentreten, um eine große Werbearbeit unter den Kollegen einzuleiten, die als Gewerkschafter Klassenkämpfer sein wollen und als Zeitungsbezieher eine geistige Kost sich leisten, die für Jungfernstifte und Altweiberheime zusammengeführt ist.

Eine Million Bezahler der Arbeiterpresse mehr, und man wird erleben, wie bedeutend dieser Zuwachs genossenschaftlich und politisch sich auswirken wird.

Die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie.

Die Ungunst der Wirtschaftslogik, unter welcher die Musikinstrumentenindustrie im Jahre 1926 gelitten hat, spiegelt sich auch in dem Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft wider. Die Zahl der Betriebe war von Jahr zu Jahr gestiegen, von 1500 im Jahre 1921 bis 1704 im Jahre 1926;

Teuerung.



Der Unternehmer freut sich sehr:
„Mein Geldsack füllt sich immer mehr,
Und mir bekommt ganz wundervoll
Der neu erhöhte Einfuhrzoll.
Wenn Lebensmittelpreise steigen,
Wird der Profit bei mir sich zeigen,
Und das verdankt' ich nur der Führung
Der braven Bürgerblockregierung.“

**Indessen steht der Arbeitsmann
Den Einkaufsloch sich traurig an:**
„Die Sorge wächst, es steigt die Not,
Und immer teurer wird das Brot,
Daß man für schwer verdientes Geld
Bald nichts zu kaufen mehr erhält.
Ja, das verdankt' ich der Führung
Durch diese Bürgerblockregierung.“

im Jahre 1926 hat sich diese Zahl um 90 auf 1614 vermindert. Noch weit stärker war der Rückgang in der Zahl der Arbeiter. Von 42 943 Vollarbeitern im Jahre 1925 blieben im Jahre 1926 nur noch 32 610, das ist eine Verminderung um mehr als 25 Prozent. Immerhin ist diese Zahl größer als im Jahre 1921, wo 29 796 Vollarbeiter gezählt wurden.

Bei der starken Verminderung der Zahl der Arbeiter ist auch die Zahl der Unfälle kleiner geworden, aber nur die absolute Zahl, im Verhältnis zu den Beschäftigten ist die Unfallhäufigkeit gestiegen. Es wurden 1435 Unfälle gemeldet, das sind 44,0 auf 1000 Vollarbeiter gegen 37,28 im Jahre 1925. Erstmals entschädigt wurden 151 Verletzte oder 4,63 auf 1000 Vollarbeiter gegen 4,38 im Jahre 1925. Der Verwaltungsbericht führt die relative Steigerung der Unfallhäufigkeit auf die Gesetzesänderung zurück, durch welche die Wartezeit für das Eingreifen der Berufsgenossenschaft von 13 auf 8 Wochen herabgesetzt ist und die Unfälle auf dem Wege zur und von der Arbeit entschädigungspflichtig wurden.

Unter den 151 Verletzten, deren Unfall als entschädigungspflichtig anerkannt wurde, waren 10 Frauen und 3 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Von den Verletzten wurden 3 getötet. Als völlig erwerbsunfähig wurde kein Verletzter anerkannt. Der Grad des Verlustes an Erwerbsfähigkeit wurde in einem Fall auf mehr als 75 Prozent anerkannt, in 2 Fällen auf 50 bis 75 Prozent, in 13 Fällen auf 25 bis 50 Prozent und in 106 Fällen auf 25 Prozent und weniger. 26 Verletzte, die als entschädigungspflichtig anerkannt wurden, erhielten überhaupt keine Rente. Die Berufsgenossenschaften sind, worauf wir des öfteren hingewiesen haben, Unternehmerorganisationen zur gemeinsamen Tragung der aus den vorkommenden Unfällen sich ergebenden finanziellen Lasten. Das bringt auch der Verwaltungsbericht unwillkürlich zum Ausdruck in der Klage über die durch die neuen gesetzlichen Vorschriften verursachte Steigerung der Unfallentschädigungslasten. Um diese nicht noch höher anwachsen zu lassen, hat man bereits im Jahre 1925 von der Befugnis Gebrauch gemacht, Renten bis 10 Prozent mit der dreifachen Jahresrente abzufinden. Im Jahre 1926 sind 40 solcher Renten mit insgesamt 13 124 Mk. abgefunden worden.

Im Verwaltungsbericht wird mit Befriedigung festgestellt, daß die Zahl der entschädigten Unfälle an Arbeitsmaschinen wesentlich zurückgegangen ist. Das ist richtig; nach einer tabellarischen Übersicht in dem besonders erstatteten Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ereigneten sich von den 151 entschädigten Unfällen 64 an Maschinen; im Jahre 1925 waren es 104 unter insgesamt 188 entschädigten Unfällen. Auf dem Wege zur und von der Arbeitsstätte ereigneten sich 67 gemeldete Unfälle, von denen 9 als entschädigungspflichtig anerkannt wurden.

Bemerkenswert ist, daß auch in 18 Fällen Gewerbekrankheiten als Unfälle angemeldet wurden. Von diesen Fällen konnte keiner als entschädigungspflichtig anerkannt werden, da die Gewerbekrankheiten der Holzarbeiter nicht unter die Verordnung vom 12. Mai 1925 fallen. Aus dem Text des Berichts ist zu entnehmen, daß es sich hier meist um die sogenannte „Polizei-Erkrankung“ handelte. In einem Fall wurde als Ursache für ein schweres Ekzem der Hände der grüne Pianofitz angesehen, jedoch wurde in dem chemischen Institut der Universität festgestellt, daß dieser grüne Flüssigkeit krankheitserregende Stoffe enthält. Merkwürdig ist, daß in dem Bericht die Behauptung, daß gesundheitschädliche Einflüsse beim Spritzlackierverfahren nicht zu verzeichnen gewesen seien, durch Fettbrand hervorgehoben wird. Aus dem Bericht selbst ist nicht zu erkennen, weshalb dieser Sachverhalt nicht unterstrichen wurde. Die Gesundheitsgefährdung beim Spritzlackieren sind in der „Holzarbeiter-Zeitung“ wiederholt erörtert worden, auch an anderen Stellen ist das geschehen. Allerdings lassen sich durch geeignete Maßnahmen die Gefahren verhüten. Wir würden es begrüßen, wenn in der Musikinstrumentenindustrie das Spritzlackierverfahren nur unter strenger Beachtung der notwendigen Schutzvorkehrungen angewendet würde. Ob das aber wirklich überall der Fall ist?

Beachtlich ist, was der Bericht über die Schuldfrage bei Unfällen sagt. Sie läßt sich in den meisten Fällen auch durch polizeiliche Untersuchung schwer klären. Bei einer Reihe von Unfällen mußte aber festgestellt werden, daß die Gewöhnung an die Gefahr zu Sorglosigkeit und Leichtsinn bei der Bedienung von Maschinen und Apparaten verführt und dadurch viele Unfälle verursacht. Man kann unseren Kollegen in der Tat nicht eindringlich genug und nicht oft genug ans Herz legen, den Selbstschutz vor Unfällen keinen Augenblick aus dem Auge zu lassen. Zwei Fälle von tödlich verlaufener Blutvergiftung im Anschluß an geringfügige Verletzungen mögen als Mahnung dienen, auch kleinere Verletzungen zu verbinden, ohne daß die Wunde ausgewaschen wird. Jedenfalls ist das von Tischlern immer noch geübte Auspinseln von Geim auf die Wunde ein bedenkliches Verfahren. — Eine Anzahl von Augenverletzungen durch Stahl Draht

oder beim Arbeiten an der Schmirgelscheibe oder mit dem Meißel hätte sich vermeiden lassen, wenn die gefährdeten Arbeiter mit Schutzbrillen gearbeitet hätten. Das Waschen der Hände mit Spiritus in der Nähe von Ofen oder offenen Flammen hat in einer Reihe von Fällen zu zum Teil schweren Verbrennungen geführt. Bei der Gelegenheit wird auch erwähnt, daß durch Untersuchungen auf der Technischen Hochschule in Braunschweig die Explosionsgefahrlichkeit der beim Spritzlackierverfahren auftretenden Dämpfe festgestellt wurde. Der Hinweis auf die Feuergefährlichkeit des Spritzmaterials — was es doch die Ursache des Schadensfeuers einer großen Pianofabrik in Norddeutschland — mag dazu beitragen, bei dem immer mehr in Aufnahme kommenden Spritzlackierverfahren die nötige Vorsicht walten zu lassen.

Die anscheinend so harmlose Bohrmaschine hat mehrere ernste Unfälle verursacht bei Arbeiterinnen, deren offenes Haar von der Welle erfaßt wurde. Der Bericht erwähnt zwei Unfälle, die zwar verhältnismäßig glimpflich abliefen, aber doch schwere Folgen hätten haben können, welche sich durch Zurückschlagen des Holzes bei Dickenmaschinen ereigneten. Ein Beweis dafür, daß die jetzt bei diesen Maschinen geforderte Rückschlusicherung durchaus nicht überflüssig ist.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß mangelhafte Schutzvorrichtungen an neu gelieferten Maschinen noch vielfach angetroffen wurden. Für die vielgerühmte Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung ist diese Feststellung nicht rühmlich. An mehreren Stellen des Berichts wird an den § 118 der Unfallverhütungsvorschriften erinnert, der die Betriebsunternehmer verpflichtet, bei Anschaffung von Maschinen und Apparaten vorzuschreiben, daß die von der Berufsgenossenschaft geforderten Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden. Diese Erinnerung und Mahnung ist durchaus angebracht. Es darf aber erwähnt werden, daß der verfolgte Zweck durch ein Maschinenschutzgesetz viel besser zu erreichen ist; nämlich durch ein Gesetz, das den Maschinenlieferanten mit Strafe bedroht, wenn er die Schutzvorrichtungen nicht zugleich mit der Maschine liefert. Aber der Verband der Berufsgenossenschaften ist ein scharfer Gegner des Maschinenschutzgesetzes. Ihm genügt die wiederergebene Vorschrift in den Unfallverhütungsvorschriften, trotzdem die Aufsichtsbeamten ihre Wirkungslosigkeit feststellen müssen.

Der Vorstand der Berufsgenossenschaft richtet an die Mitglieder das Ersuchen, den Jahresbericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ihren technischen Beamten und Vertretern zur Durchsicht zu geben. Soffentlich wird dieses Ersuchen beachtet. Wir würden es für noch zweckmäßiger halten, wenn diese Berichte in größerer Auflage hergestellt und auch den Arbeitern zugänglich gemacht

würden. Insbesondere auch dem vorliegenden Bericht kann man nachsehen, daß er recht wertvolles Material enthält. Sein Studium durch die beteiligten Arbeiter würde sicher erzieherisch im Sinne einer Förderung des Unfallsehns wirken.

Das junge Deutschland.

Mitte August wird in Berlin eine Ausstellung eröffnet, die in besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit verdient. Unter dem Titel „Das junge Deutschland“ hat seit über einem Jahre der „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ sich bemüht, amtliche und nicht-amtliche Körperschaften und Persönlichkeiten zu einheitlichen Wirken zusammenzufassen, um eine Ausstellung vorzubereiten, die der Propagierung der Freizeitforderungen für die erwerbstätige Jugend dienen soll. Die aufgestellten Forderungen entsprechen unserem gewerkschaftlichen Jugendprogramm. Für die Ausstellung hat der preussische Finanzminister das Berliner Schloß Bellevue und den dazugehörigen Park zur Verfügung gestellt.

Die Ausstellung soll einen Überblick über die gesamte soziale, gesundheitliche, kulturelle und bevölkerungspolitische Lage der erwerbstätigen Jugend geben. Zum ersten Male werden Ergebnisse der im Jahre 1925 durchgeführten Volks-, Berufs- und Betriebszählung Verwendung finden. Das statistische Reichsamt hat in reichem Maße an den Vorbereitungen teilgenommen. Auch werden die Jugendverbände in sogenannten Selbstdarstellungen von ihrem Wirken und ihren Zielen ein Bild geben. Die Ausstellung wird eine rein sachliche sein. Zum Unterschied von anderen Ausstellungen finden wir hier keine Reklame oder Messerummel.

Es werden dargestellt die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugend. Der Anteil, den die Generation vom Volksganzen überhaupt ausmacht. Wir erfahren, daß es 5,24 Millionen junger Menschen zwischen dem 14. und dem 18. Lebensjahre in Deutschland gibt, von denen 75 bis 80 Prozent im Erwerbsleben stehen. Von diesen 5,24 Millionen Jugendlichen sind bereits 40 Prozent in den deutschen Jugendverbänden organisiert. Das heißt also, ein erheblicher Teil der Jugend hat bereits heute den Weg zu einer förderlichen Verwendung der Freizeit gefunden. Weiteres Material unterrichtet uns über den Gesundheitszustand und die Gesundheitspflege der Jugend. Neben einer Darstellung der dem Reichsausschuß angeschlossenen Jugendverbände finden wir auch die öffentlichen und freien Träger der Jugendpflege. Anschließend Bilder aus der Jugendverwahrlösung und dem Heilmittel der Gesellschaft, der Jugendfürsorge. Soweit statistische Darstellungen in Frage kommen, sind die modernsten Mittel der neuzeitlichen plastischen Darstellung gewählt.

Eindringlich wird die Notwendigkeit der Freizeit für die Jugend dargelegt. Dann wird in wirkungsvoller Darstellung gezeigt, wie heute die freie Zeit von den Jugendlichen verbracht wird. Noch nie hat es eine solche umfassende und fast lückenlose Übersicht gegeben. Die Wirkung auf die Öffentlichkeit und insbesondere auf die gesetzgebende Körperschaft wird sicher nicht ausbleiben. Niemand wird diese Ausstellung als Tendenzausstellung bezeichnen können, denn alle Kreise der Jugendarbeit und der Jugendbewegung sind an ihr beteiligt. Es herrscht nur die Kommunität und die Völklichkeit, die sich bisher dem Reichsausschuß noch nicht angeschlossen haben. Im Rahmen der Ausstellung findet eine große Anzahl von Veranstaltungen statt, die am besten den Besuchern von dem Leben und Treiben in der Jugendbewegung Zeugnis ablegen werden.

Im schönen Schlosspark ist für den besonderen Zweck der Veranstaltung eine große Festhalle mit einer großen Bühne errichtet worden. Das Gesamtbild der Ausstellung wird auch vom künstlerischen Standpunkt aus ein erfreuliches sein. Namhafte Künstler sind an der Vorbereitung mit beteiligt gewesen. Die künstlerische Gesamtleitung untersteht dem bekannten Berliner Künstler Sigberger, der zu den bedeutendsten Bildhauern der Gegenwart zählt. Die Ausstellung wird also nicht nur in sozialpolitischer Hinsicht für die junge Generation ein wertvolles Kampfmittel sein, sie ist auch rein ausstellungstechnisch eine Lat.

Es ist vorgezogen, daß die Ausstellung nach sechswöchiger Dauer in Berlin in die bedeutendsten Orte des ganzen Reiches wandert. Eine Reihe unserer Jugendgruppen hat bereits ihren Besuch in Berlin angemeldet. Wir würden es besonders begrüßen, wenn sich recht viele unserer in der Jugendarbeit stehenden Kollegen die Ausstellung ansehen könnten.

Als gewerkschaftliche Organisation werden wir die Ergebnisse der Ausstellung und insbesondere der großen Umfrage, an der sich 200.000 Jugendliche beteiligt haben, benutzen, um in verklärter Weise für Jugendsehns und Jugendrecht zu wirken.

Zur Durchführung der Vorschriften über die Arbeitszeit.

Der Reichsarbeitsminister hat am 10. November 1926, wie seinerzeit hier berichtet wurde, den Reichsminister der Justiz gebeten, die Staatsanwaltschaft angewiesen, bei Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften über die Arbeitszeit mit aller Strenge vorzugehen. Der Reichsarbeitsminister hat demnach, wie des Reichsarbeitsminister erst Anfang August mitteilt, am 22. Februar 1927 die Staatsanwaltschaften zu einer solchen Anweisung angewiesen. In dem Schreiben des Justizministers heißt es unter anderem:

Bei der derzeitigen außerordentlich großen Arbeitslosigkeit kommt den strafrechtlichen Vorschriften zur Durchführung des gesetzlichen Arbeitszeitgesetzes eine erhöhte Bedeutung zu. Die Ungunst des Arbeitsmarktes und die damit zum Ausdruck kommende allgemeine wirtschaftliche Lage machen es nötig, das Verhalten von Arbeitgebern, die schuldhafterweise unter Verletzung der gesetzlichen Vorschriften ihre Arbeitnehmer zur Mehrarbeit veranlassen, einer strengen Beurteilung zu unterziehen. Derartige Verstöße schädigen nicht nur die davon unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer, sondern können auch unter Umständen dazu beitragen, die bestehende Arbeitslosigkeit zu vermehren oder ihrer Minderung durch Neueinstellung von Arbeitskräften entgegenzuwirken.

In den Verträgen der Gewerbeaufsichtsbeamten und in der Presse sind zudem in letzter Zeit verschiedentlich Klagen darüber laut geworden, daß bei Zuwiderhandlungen gegen die Arbeitszeitvorschriften die gegen Arbeitgeber erlassenen gerichtlichen Strafen des öfteren so geringfügig ausgefallen seien, daß von ihnen eine abschreckende Wirkung auf die Arbeitgeber und deren Abhaltung von erneuten Verstößen nicht erwartet werden könne.

Auch der Reichstag mißt der strafrechtlichen Seite der Frage eine besondere Wichtigkeit bei. Dies geht aus seiner bei der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes gefaßten Entschliebung hervor, derzufolge die Reichsregierung prüfen und auf Grund der Prüfung dem Reichstag berichten soll, ob die Zuwiderhandlungen gegen Arbeiterschutzbestimmungen angemessen bestraft werden und ob es, falls dies verneint werden müsse, zweckmäßig sei, die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auf derartige Strafsachen auszudehnen.

Welchen Eindruck das Schreiben auf die Staatsanwälte gemacht hat, läßt sich schwer sagen. Fest steht aber, daß viele Unternehmer bis zum heutigen Tage die Vorschriften über die Arbeitszeit bewußt und vor den Augen der Behörden mißachteten. Nur in wenigen Fällen kommt es zu einer Anzeige, und die Strafen sind nach wie vor lächerlich geringfügig. Sie sind eher eine Ermunterung zur Übertretung des Gesetzes als eine Warnung, eher Belohnung als Strafe.



Aus dem Verbandsleben



Aus dem Bildhauergewerbe.

Die Geschäftslage im Bildhauergewerbe ist bis auf wenige Orte noch immer überaus schlecht. Solange nicht freie Stellen bei unserer Zentralstellenvermittlung gemeldet werden, kann von einer Besserung und Hebung unserer Berufslage nicht die Rede sein. Noch immer ist die größere Zahl der Kollegen arbeitslos; ein Teil verrichtet Notstandsarbeiten. Verschlimmert wird die Lage dadurch, daß verschiedene Kollegen mit der Begründung, daß ihnen kein anderer Weg übrigbleibe, unter Mißachtung der tariflich festgesetzten Löhne Arbeit um jeden Preis annehmen. Wohin soll das führen, wenn Kollegen in Berlin für einen Stundenlohn von 80 bis 90 Pf. arbeiten, obwohl unlängst erst neben dem für Möbelfabriken geltenden Tarifvertrag auch mit den selbständigen Bildhauermeistern ein neues Lohnabkommen geschlossen wurde, wonach der Mindestlohn für einen Durchschnittsarbeiter 1,23 Mk. beträgt. In Hamburg beträgt der Bildhauertariflohn 1,24 Mk., vom 1. Oktober 1927 an 1,28 Mk.; bessere Kräfte erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent, beste Kräfte einen solchen von 20 Prozent. Und diese Löhne werden auch gezahlt, obwohl auch in Hamburg Mangel an Arbeit herrscht.

Allerdings benutzen auch Heimarbeiter und Meister die Gelegenheit, die Löhne und Preise für Bildhauerarbeiten herabzudrücken. So werden in Preetz (Schleswig) für die Holztafeler in Altona Arbeiten hergestellt zu einem Preis, der weit niedriger ist als in Hamburg, weil in Preetz die niedrigsten Akkordsätze gezahlt werden und sich Kollegen finden, die dafür arbeiten. In Northheim (Hannover) arbeiten unorganisierte Kollegen bei einem Bildhauermeister 9 bis 9 1/2 Stunden pro Tag, nur Sonnabends 8 Stunden. Ein Aufschlag für Überstunden wird nicht gezahlt. Auch dort ist Akkordarbeit, und der Verdienst beträgt höchstens 60 bis 65 Pf. Zwei Verbandsmitglieder haben aufgehört, weil sie unter solchen Bedingungen nicht weiterarbeiten wollten.

Diesem Überstundenwesen kann nur dadurch gesteuert werden, daß die Ortsverwaltungen, wie zum Beispiel die in Annaberg (Sachsen), arbeitslose Kollegen von umliegenden Orten heranziehen, so daß die reguläre Arbeitszeit eingehalten werden kann. Leider schädigen auch dort Heimarbeiter, meistens unorganisierte, indem sie bei unbeschränkter Arbeitszeit viel billiger liefern können. An anderen Orten machen sich das auch Bildhauermeister zunutze, sie weisen auf die Heimarbeiter hin und machen sich untereinander schlimmste Konkurrenz.

Eroffene Zustände herrschen auch in Seifersdorf und Linderode bei Sorau. Dort sucht man in den Betrieben für Massenartikel eine reguläre Lehrzeit dadurch zu umgehen, daß junge Leute zu Schülern angelehrt werden und nach kurzer Zeit schon erwachsenen Arbeiter ersehen müssen. Sie werden dann ebenfalls sehr bald Heimarbeiter.

Bei der inzwischen erfolgten Einschränkung der Lehrlingszahl fällt es um so mehr auf, wenn noch immer eine Lehrlingsausbeutung sondergleichen sich bemerkbar macht, wie z. B. in Uslar und Kroffen. Es ist schwer, etwas zu erreichen, wenn es sich um Fabrikbetriebe handelt, die der Handelskammer unterstehen. Erhöhen sollten der Zentralkommission auch solche Fälle mit genaue Unterlagen unterbreitet werden, um dagegen vorgehen zu können.

Martin Seglh.

Am 31. Juli starb in Fflrth einer der Altmeister der deutschen Arbeiterbewegung, Martin Seglh. Noch vor wenigen Tagen, am 20. Juli, konnte er seinen 74. Geburtstag feiern. Seglh war in Fflrth geboren, erlernte den dort sehr verbreiteten Zinnlegierberuf und wurde schon als junger Arbeiter Sozialist. Im Jahre 1870 übernahm er die Leitung der „Fflrther Bürger-Zeitung“ und trat einige Jahre später in die Redaktion der „Fflrthischen Tagespost“ ein. Im Jahre 1888 gründete er mit Josef Scherm und Karl Grillenberger gemeinsam die „Metallarbeiter-Zeitung“ und arbeitete emsig an der Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation. Sein Name war auf erster Stelle der Unterzeichner des Aufrufes vom 17. August 1890, der die Einberufung einer allgemeinen Gewerkschaftskonferenz forderte, um einem Zusammenschluß der Gewerkschaften den Weg zu bahnen. Diese Konferenz trat dann im November 1890 in Berlin zusammen und beschloß die Einsetzung einer Generalkommission. Seglh war also einer der ersten Vorkämpfer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewesen. Auch für den Zusammenschluß der Brandenburger Verbände in der Metallindustrie zum Deutschen Metallarbeiter-Verband hat er eifrig gewirkt. Ein drittes Mal trat er in den gewerkschaftlichen Vorkampf ein, als er 1893 das erste deutsche Arbeitersekretariat in Nürnberg übernahm und in musterwürdiger Weise entwickelte. So wurde er Lehrer und Wegweiser für eine ganze Generation von Arbeitersekretären. Daß er auch in der politischen Arbeiterbewegung Führer war, verstand sich bei seiner aktiven Teilnahme ganz von selbst. Dreißig Jahre lang gehörte er dem Bayerischen Landtag an, dessen Alterspräsident er in letzter Zeit war. Im Reichstag vertrat er den Wahlkreis Fflrth von 1898 bis 1903. Nach dem Kriege trat er auch in die bayerische Regierung ein, zunächst als Demobilisierungskommissar und später als Minister des Innern. Ein reiches Leben hat er der deutschen Arbeiterbewegung gewidmet, die ihm vieles zu danken hat. Sein Name bleibt unvergessen.

In Köln hatten sich in einer Küchenmöbelfabrik recht erbauliche Zustände herausgebildet. Ein Bildhauermeister bei dieser Firma benutzte die Notlage seiner selbständigen Kollegen, indem er Arbeiten zu den niedrigsten Preisen unter sie verteilte und den Profit in die eigene Tasche steckte. Der geschäftskundige Meister suchte dann noch durch Inserate in einer größeren Zeitung einen zahlungsfähigen Mitarbeiter. Ein Kollege wandte sich an ihn, wodurch die Geschichte aufgedeckt und der Herr Meister aus dem Vorstand der Bildhauervereinigung in Köln hinausfiel. Die Kollegen seien gewarnt, da dieser Herr (der Name ist in dem Inserat nicht genannt, nur Annoncen-Expedition Esser, Köln, uns ist er aber bekannt) sich weiter auf gleiche Art derartige kapitalträchtige Mitarbeiter sucht.

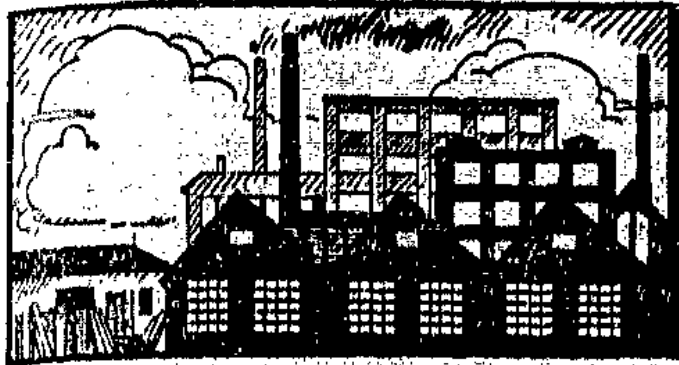
Der Bildhauermeisterbund ist nach wie vor außerordentlich regsam. Er hält seine diesjährige Bundestagung in Nürnberg vom 20. bis 22. August ab. Auch die Gehilfenschaft darf nicht untätig bleiben. Die Zentralkommission kann aber nur im Interesse des Berufes wirken, wenn sie Unterstützung durch die Sektionen und Vertrauensmänner findet. Darum sollte von allen Vorkommissionen im Beruf, die zu einem Eingreifen Veranlassung geben, sofort Mitteilung gemacht werden, vor allem von ungeunden Zuständen im Lehrlingswesen. Überhaupt sollte mindestens halbjährlich der Zentralkommission ein Bericht übersandt werden. P. Dupont.

Warnung vor Zuzug nach Ahnsen b. Budeburg.

Die Schaumburg-Lippische Holzindustrie-A.G., Stuhlfabrik Ahnsen, sucht in den Zeitungen tüchtige Arbeitskräfte zu den höchsten Löhnen. In Wirklichkeit zahlt die Firma nicht einmal den Tariflohn. Von den zureisenden Kollegen wird die unterschriftliche Erklärung gefordert, daß sie auf den Tariflohn keinen Anspruch haben. Auch sonst werden die Kollegen unwürdig behandelt. Aus allen diesen Gründen warnen wir vor Zuzug nach Ahnsen.

Mit Zustimmung dieses Komitees ist am 33. Wofenbaiterov fölliv

Bildhauerarbeiten. Unsere Verwaltungsstelle hat eines ihrer besten Mitglieder verloren. Am 26. Juli verstarb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Kassierer Otto Wolf. Kollege Wolf gehörte zu den Gründern der Verwaltungsstelle. Seitdem sind bald 20 Jahre verflossen, und in dieser Zeit stand Wolf stets mit in der vordersten Reihe der hiesigen Arbeiterbewegung. Vor anderthalb Jahren wurde er wegen seiner Verbandsarbeit gemahnt, und seitdem lag er arbeitslos auf der Straße. In seinem Beruf als Korbmacher fand er nirgends Beschäftigung, zu anderer Arbeit war er infolge seines schwachen Körpers nicht zu gebrauchen. Aber trotz aller Not und alles Glends hielt er dem Verband die Treue. Die Verbandsarbeit war gerade in dieser Zeit seine einzige Freude. Nun ist dieser brave Mann tot. Mit seiner Familie, mit der er stets in schönster Harmonie lebte, trauern um ihn alle Mitglieder der Verwaltungsstelle.



Holzindustrie



Die Nürnberger Bleistiftindustrie.

Betrachtungen zur Bilanz der Johann Faber A.-G., Nürnberg.

Jeder Schuljunge kennt die Faber-Bleistifte. Die weite Verbreitung und der gute Ruf der Faber-Erzeugnisse lassen kaum für die Vermutung Raum, daß es diesem Unternehmen nicht glänzend gehen sollte. Dennoch mußte die Johann Faber A.-G., Nürnberg, die Begründerin des internationalen Rufes der Nürnberger Bleistiftindustrie, für das Geschäftsjahr 1926 von der Zahlung einer Dividende auf die Stammaktien absehen. Die Vorzugsaktien erhalten wie in den Vorjahren die garantierten 6 Prozent.

Der Geschäftsbericht sieht auch jetzt noch die Lage der Bleistiftindustrie als sehr unsicher an, trotzdem sich nach den Angaben der Verwaltung im laufenden Jahre der Eingang von Bestellungen gebessert hat, und trotzdem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Auswirkungen des neuen Verfahrens zur Herstellung von Elektrographit, der von fast gleicher Güte sein soll wie natürlicher Graphit, sich bald finanziell günstig bemerkbar machen werden.

Die Johann Faber A.-G. kann auf ein fast 50jähriges Bestehen zurückblicken. Die Firma wurde im Jahre 1879 gegründet und im Jahre 1896 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Firma nennt einen Grundbesitz von 80.700 Quadratmeter ihr eigen, davon sind 8200 Quadratmeter bebaut. Der Wert des Grundbesitzes betrug 1918 688.000 Mk. Während der Inflationsjahre hat die Johann Faber A.-G. wie zahlreiche andere deutsche Unternehmen auf der Flucht in die Sachwerte ihren Grundbesitz beträchtlich erweitert. Seit der Goldmarkeroffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 stehen die Grundstücke mit 1.478.000 Mk. zu Buch. Die Maschinenanlagen usw. wurden 1918 mit nur 138.000 Mk. bewertet, heute stehen die Maschinen mit 558.000 Mk. zu Buch, gegenüber 314.000 Mk. am 1. Januar 1924, 416.000 Mk. am 31. Dezember 1924, und 486.000 Mk. am 31. Dezember 1925. In den drei seit der Goldmarkeroffnungsbilanz verfloßenen Jahren wurden auf Maschinenanlagen Abschreibungen im Gesamtbetrag von 187.000 Mk. vorgenommen und auf Konto „Fabrikgeräte“ weitere 110.000 Mk. abgeschrieben. Daß trotzdem der Wert der Maschinen gegenüber 1913 mehr als das Vierfache beträgt zeigt zahlenmäßig den Umfang der für „Rationalisierungszwecke“ vorgenommenen Neuananschaffungen.

Wieso haben sich diese umfangreichen Neuananschaffungen nun nicht rentiert? Noch 1924 und 1925 konnte die Johann Faber A.-G. je 6 Prozent Dividende auf die Stammaktien verteilen. In der Vorkriegszeit wurden seit 1900 Jahr für Jahr Dividenden von 15 Prozent ausgeschüttet, für das letzte Geschäftsjahr vor dem Kriege (1913/14) 5 Prozent. Daß abgesehen von dem letzten Vorkriegsjahr die Dividenden ausschüttung geringer geworden ist, ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß seit der Goldmarkeroffnungsbilanz das Gesellschaftskapital aus 5.600.000 Mk. Stammaktien und 26.000 Mk. Vorzugsaktien besteht, gegenüber nur 3.600.000 Mk. im Jahre 1913. Die Dividende muß also für ein mehr als 55 Prozent höheres Kapital erarbeitet werden. Mit anderen Worten: hätte das Aktienkapital am 31. Dezember 1924 und am 31. Dezember 1925 nur 3.600.000 Mark betragen wie in Vorkriegszeiten, dann hätte eine um mehr als die Hälfte höhere Dividende, also Jahr für Jahr 10 Prozent, verteilt werden können oder mindestens für das Jahr 1926 wieder 6 Prozent. Doch diese Dividendensorgen sind schließlich nicht Sache der Arbeiter. Dieser Blick hinter die Kulissen zeigt aber deutlich, daß der Umstand der Dividendenlosigkeit an sich noch nichts über die gute oder schlechte Lage eines Unternehmens besagt. Mögen sich im übrigen die Aktienbesitzer mit diesen Maßnahmen ihrer Verwaltung abfinden.

Der Geschäftsbericht muß nun den Aktionären auch Rechenschaft ablegen, wieso das Ergebnis so unbefriedigend geblieben ist. Die Höhe des Umsatzes wird in dem Geschäftsbericht merkwürdigerweise nicht angegeben. Es wird nur gesagt, daß der Umsatz unter Vorkriegeshöhe blieb, und daß die Produktionsfähigkeit der Betriebe nicht genügend ausgenutzt werden konnte, mit andern Worten, die kostspieligen Maschinen liegen zum Teil brach. Die Fabriken sind in der Lage, wöchentlich 18.000 Gros oder 2.592.000 Stück Blei-, Farb- und Kopierstifte herzustellen. Da die Lagerbestände übermäßig anzuschwellen drohten, wurde schon seit 1924 die Arbeitszeit eingeschränkt, im Jahre 1926 ist dies in erhöhtem Maße nötig gewesen. Der Inlandabsatz litt unter der Zurückhaltung des Groß- und Kleinhandels und unter den Versuchen, langfristige Zahlungsbedingungen durchzusetzen. Das Auslandsgeschäft hat unter der außerordentlich verstärkten ausländischen Konkurrenz zu leiden. Im und nach dem Kriege sind auch auf dem Gebiete der Bleistiftfabrikation im Auslande zahlreiche neue und leistungsfähige Fabriken entstanden, die sich durch hohe Schutzzölle gegen die deutsche Konkurrenz zu sichern verstanden. Besonders in Nordamerika entstanden Konkurrenzfabriken, die das Ausland mit billigen und dennoch guten Bleistiften überfluteten. Die seit der Vorkriegszeit bekannten ausländischen Verkaufsstellen der Johann Faber A.-G. in Wien, Budapest, London, Mailand und Warschau

hatten daher einen besonders schweren Stand. Der Verkauf, durch erhöhte Propagandaausgaben den In- und Auslandsabsatz zu heben, hat bisher nicht die gewünschten Erfolge gebracht.

Die Lage der Gesellschaft ist trotz dieses elegischen Tones des Geschäftsberichts als durchaus günstig anzusehen. Im laufenden Jahre soll sich der Auftragsengang nach den Angaben der Verwaltung gebessert haben. Ein wertvolles Aktivum ist vor allen Dingen der gute Ruf der Nürnberger Bleistiftfabrikation im allgemeinen und der Johann-Faber-Fabrikate im besonderen. Die Börse bewertete die Aktien 1926 mit einem Höchstkurs von 110 Prozent gegenüber einem Höchstkurs von 24 Prozent im Jahre 1924. 1918 betrug allerdings der höchste Kurs für Faber-Aktien 283 Prozent. Der Dividendenausfall enttäuschte natürlich die Börse besonders, zumal man von der bereits erwähnten Erfindung des künstlichen Graphits Wunderdinge erwartete. Der gegenwärtige Kurs bewegt sich um 85 Prozent herum, wobei die Auswirkungen des schwarzen Freitags noch nachwirken. Wir sehen, daß trotz dieser Umstände, die mit dem eigentlichen Geschäftstag nichts zu tun haben, die Aktien von der Börse rund viermal so hoch bewertet werden als im Jahre 1924, dies, trotzdem für das Jahr 1926 keine Dividende verteilt wird gegenüber 6 Prozent im Jahre 1924.

Wir Arbeiter dürfen deshalb die Lage der Nürnberger Bleistiftindustrie — genau wie die Börse dies tut — durchaus optimistisch beurteilen. Aufgabe der verantwortlichen Generaldirektoren mit den hohen Bezügen außer dem schönen Titel bleibt es, den Exportausfall, der durch die ausländischen Neugründungen entstanden ist, auf andere Weise wettzumachen als durch Kürzarbeit, durch Drosselung der Produktion und nicht volle Ausnutzung der vorhandenen Maschinenanlagen. Die Arbeiterschaft der Bleistiftindustrie muß es ablehnen, für die Fehler der verantwortlichen Generaldirektoren zu büßen. Die mangelnde Voraussicht, die verkehrten Dispositionen, die Festlegung von Betriebskapitalien in toten Grundstücken und die zahlreichen anderen Sünden der verantwortlichen Leiter begründen nicht die Zumutung, daß sich die hochqualifizierte Arbeiterschaft gerade dieser Industrie mit den heutigen unzureichenden Löhnen nach dem Willen der Unternehmer noch jahrelang durch ein freudloses Leben schleppen soll. Julius Fries.

Syndikatsbildung in der Pianomechanikindustrie.

Der Verband deutscher Pianomechanik-Fabrikanten umfaßt alle nennenswerten Betriebe dieser Branche. Ihre Zahl ist allerdings klein, in ganz Deutschland gibt es etwa 15 Pianomechanikbetriebe. Es handelt sich aber durchweg um größere und solide Unternehmungen. Der Unternehmerverband hatte bisher die Form eines Preiskartells, jetzt ist er in ein Verkaufssyndikat umgewandelt worden. In Zukunft müssen alle Bestellungen und Regulierungen bei den einzelnen Betrieben über das Syndikat gehen. Es ist vorgesehen, für hochwertige und minderwertige Fabrikate Einheitspreise einzuführen.

Wie die „Musikinstrumenten-Zeitung“ meldet, fürchtet die Pianoforteindustrie von der Syndikatsbildung in der Pianomechanikindustrie „eine Beeinträchtigung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten. Auch für den Inlandsabsatz wird die Syndizierung voraussichtlich eine Erschwerung des Wettbewerbs gegenüber den Musikmaschinen zur Folge haben“. Es wird mit Recht vermutet, daß die Pianomechanikfabriken die Preise nun noch mehr als bisher schon willkürlich in die Höhe treiben. Aber nur für die deutschen Wohnmer, für die ausländischen gelten nach wie vor niedrigere Preise. Auf diesen Umstand ist der Rückgang der deutschen Klavierausfuhr mit zurückzuführen. Das Ausland kauft in steigendem Maße deutsche Mechaniken und andere Teile, der Zusammenbau der Instrumente erfolgt in den heimischen Betrieben. Die Preispolitik des Verbandes deutscher Mechanikfabrikanten fördert in der denkbar besten Weise die ausländische Pianoindustrie.

Die „Deutsche Musikinstrumenten-Zeitung“, das Organ der Pianoforteindustrie, läßt sich zu der Syndikatsbildung in der Mechanikindustrie unter anderem folgendes schreiben: „Wenn auch in der Veröffentlichung des Verbandes deutscher Mechanikfabrikanten der Anschein erweckt wird, als ob es sich bei der Neuregelung nur um unwesentliche Veränderungen in der Handhabung der Geschäfts- und Verbandsbedingungen handelt, so wird doch die weitere Entwicklung in den Kreisen der Pianoindustrie mit Aufmerksamkeit verfolgt. Begleitet sind derartige Zusammenschlußbewegungen vielfach von der Zusammenfassung einzelner Betriebe in einer Hand, indem die größeren Firmen kleinere Unternehmungen käuflich erwerben, um sich einen weiter gehenden Einfluß und eine höhere Quote in ihrem Verband zu sichern. Wie man hört, sind derartige Vorgänge auch in der Pianomechanikindustrie in Vorbereitung.“

Auch uns liegen solche Meldungen vor. Ein Grund mehr für unsere Kollegen in der Musikinstrumentenindustrie, die Entwicklung dieser Dinge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Verband deutscher Bleistiftfabrikanten.

Der Verband deutscher Bleistiftfabrikanten befindet sich in der „Neugründung“. Mein, das scheint eine schwere Geburt zu sein. Wie wir der Unternehmerzeitschrift „Die Bleistiftindustrie“ entnehmen, war es in der kürzlich in Berlin abgehaltenen Vollversammlung des Verbandes nicht möglich, einen Vorsitzenden und einen Schriftführer zu wählen, „da von den erschienenen Herren sich niemand zur Übernahme dieser Posten entschließen konnte“. Dabei waren alle tonangebenden Bleistiftfabrikanten anwesend. Provisorischer Vorsitzender ist Wilhelm Kraus (Berlin).

Über die Aufgaben des neuen Verbandes führte Herr Kraus aus, die wichtigste Frage sei die „der Strafmaßnahmen gegenüber den Mitgliedern des Verbandes, welche die Abmachungen desselben außer acht lassen, sowie auch die Schutzmaßnahmen gegenüber den Außenseibern“. Der Anwesenden war jedoch die Preisfrage das brennendste Problem. „Nach langem Hin und Her wurde folgender Beschluß gefaßt: a) Anerkannt sind allein die Preise der allein Selbnehmern vorher übergebenen Stifte; b) jeglicher Mengenrabatt kommt in Fortfall. Lediglich 11 namentlich aufgeführten Händlerfirmen darf ein 15prozentiger Rabatt eingeräumt werden; c) Frankolieferung wird den Mitgliedern freigestellt; d) als Zahlungsbedingungen gelten folgende: Innerhalb 30 Tagen 2 Prozent Skonto, innerhalb 60 Tagen netto Kasse oder 3 Monatsrate als Rechnungsdatum; e) bei Kleinverkäufen unter 10 Dugend wird ein Aufschlag von 10 Prozent festgesetzt.“

Zu dem Thema Schutz- und Strafmaßnahmen in Abtretungsfällen wurde beschlossen: „Jede dem Verband angehörende Firma übergibt dem Vorstand einen Wechsel bis in Höhe von 300 Mk., der von diesem zu treuen Händen aufbewahrt wird. Je nach Größe des Bergehens wird dann die Strafe von 20 Mk. bis zur vollen Höhe von 300 Mk. verhängt. Den Herren Bernhard Grimme (Wittstock) und P. Wälcher (Zielentz) liegt es ob, über etwaige Verfassungen zu wachen.“

Über die Schutzmaßnahmen gegen Außenseiber wurde beschlossen: „Um außerhalb des Verbandes stehende Firmen respektive von solchen ausgehende Preisstrebereien zu boykottieren, darf (und soll) jedes Verbandsmitglied (allerdings nach vorheriger kurzer Mitteilung an den Vorstand des Verbandes) mit diesen Firmen in Konkurrenz treten und ihnen durch Unterangebote das Handwerk zu legen. Eventuell hieraus erwachsende Verluste werden von den Verbandsmitgliedern gemeinsam getragen.“

Der Verband deutscher Bleistiftfabrikanten ist, wie aus diesen Beschlüssen klar hervorgeht, ein ausgesprochenes Kartell. Zweck und Ziel des Verbandes ist: Verhinderung der gegenseitigen Konkurrenz, künstliches hinaufschrauben und Hochhalten der Verkaufspreise. Wer unter den vom Verband festgesetzten Preisen verkauft, wird mit Hilfe und auf Kosten des Verbandes niederkonturrtiert, wirtschaftlich totgemacht. Das ist die berühmte „freie Wirtschaft“ nach dem Herzen der Unternehmer.

Gebr. Himmelsbach A.-G. in Konkurs.

Die Gebr. Himmelsbach A.-G. (Freiburg in Baden) hat am 28. Juli beim Gericht Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt. In der der Öffentlichkeit übergebenen Begründung dieses Schrittes heißt es:

„Die Bemühungen der Gesellschaft, unter der Geschäftsaufsicht zu einem Vergleich mit dem Reich und den Ländern zu gelangen, sind gescheitert. Die Länder Preußen, Bayern und Hessen haben das vom Reich befürwortete Schiedsgericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten abgelehnt mit der Begründung, daß die Entscheidung im schwebenden ordentlichen Verfahren demnächst ergehen werde. Die Gesellschaft hat sich daraufhin bereit erklärt, unter beiderseitigem Verzicht auf Berufung und Revision das bevorstehende Urteil erster Instanz als endgültig anzunehmen, weil sie einen jahrelangen Prozeß nicht mehr zu führen vermag; ihrem Verschlag ist aber seitens des Reiches und der Länder keine Folge gegeben worden. Bei dieser Sachlage besteht keine Aussicht auf Sanierung der Firma.“

Himmelsbachs Gegner haben erreicht, was sie wollten. Ob sie sich des Sieges freuen, ist nicht ganz klar. Scham wäre freilich besser am Plage. Auffallend ist das Schweigen in den Blättern der Fernbach und Endres. Auch die Forstverwaltungen von Bayern, Hessen und Preußen finden keine Worte, obwohl ihr Verhalten einer Erklärung dringend bedarf. Daß ihnen eine Erklärung, die von der Öffentlichkeit als Rechtfertigung des Boykotts der Himmelsbach A.-G. anerkannt wird, schwer, sehr schwer fällt, begreifen wir.

Nach einer neueren Meldung gehen die Versuche, das Reich und die Länder zu einem Vergleich mit der Himmelsbach A.-G. zu bringen, weiter. Ob sie zu einem Erfolg führen werden, steht dahin. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, mag es ausfallen, wie es will, ändert aber nichts an dem Schicksal der Firma. Die Gebr. Himmelsbach A.-G., nach Herrn Fernbach „die größte und reichste Holzfirma Europas“, ist bankrott. Was aus den noch in Betrieb befindlichen 12 Sägewerken mit etwa 700 Arbeitern wird, liegt noch in dunkler Zukunft.

Kaltleim oder Warmleim?

In der Notiz „Giftiger Leim“ in Nummer 30 der „Holz- arbeiter-Zeitung“ wird uns von einem Leimsachmann fol- gendes geschrieben:

Es ist richtig, daß die zurzeit auf dem Markt befind- lichen Holzkaltleime eine ätzende Wirkung besitzen, welche sich bei dauernder Berührung mit den bloßen Händen unangenehm bemerkbar machen kann. Dagegen ist es ganz ausgeschlossen, daß irgendein derartiger Leim Salzsäure oder eine andere Säure enthält, welche ein Zerfressen des Fleisches herbeiführen kann. Die Wirkung auf die Haut ist vielmehr alkalischer Natur, sie entspricht also derjenigen Wirkung, welche z. B. durch Sodablösung hervorgerufen wird. Der Schreiber dieser Zeilen kennt Betriebe, wo viele Tausende von Arbeitern beschäftigt sind, die jahrelang mit Kaltleim arbeiten, ohne daß derartige Klagen laut geworden wären. Gegen die Ätzwirkung kann man sich bequem dadurch schützen, daß man beim Pantieren mit Kaltleim leichte Gummihandschuhe trägt, wie dies in vielen Betrieben üblich ist.

Die Kaltverleimung ist in gesundheitlicher Hinsicht dem Arbeiten mit den üblichen Tischlerleimen (Knochen- oder Lederleimen), welche bekanntlich nur heiß anwendbar sind, sogar entschieden vorzuziehen. Beim Arbeiten mit Warm- leim müssen die Arbeiter übrigens auch eine Berührung des Leims mit den Händen vermeiden, da sie sich ja sonst die Finger verbrennen würden. Auch an den heißen Metall- zulagen (meist Zinkzulagen) kann man sich, wenn keine Hand- schuhe getragen werden, leicht die Finger verbrennen. Außerdem sind die Heizvorrichtungen für Knochen- und Lederleim eine Quelle steter Feuergefahr und haben schon zu wiederholten Unglücksfällen Anlaß gegeben. Diese Ge- fahr wird z. B. von Seiten der Feuerversicherung so hoch ein- geschätzt, daß Betriebe mit Heizverleimung eine höhere Versicherungsprämie zahlen müssen. Durch das Kochen des Leims und das für einen laufenden Betrieb erforderliche ununterbrochene Warmhalten desselben werden fortgesetzt schädliche Leimdämpfe entwickelt, so daß viele Fabriken durch die damit verbundene Gesundheitschädigung der Arbeiter veranlaßt worden sind, von der Warmverleimung vollständig zur Kaltverleimung überzugehen. Wenn man einen Holz- betrieb, in welchem viele Arbeiter mit Warmleim ausgeführt werden, besonders in den Sommermonaten betritt, wundert man sich oft, wie die Arbeiter es in einer solchen Hitze und in einer solchen Atmosphäre überhaupt aushalten können, so daß die Arbeiter in solchen Betrieben energisch darauf drücken müßten, daß dieser Uebelstand beseitigt wird.

Es wäre daher sehr zu bedauern, wenn durch den er- wählten Artikel in Arbeiterkreisen ganz allgemeine Miß- trauen gegen Kaltleime hervorgerufen würde, da, wie oben ausgeführt, die gesundheitschädlichen Wirkungen so gut wie ausschließlich bei den Warmleimen zu suchen sind. Der Kalt- leim besitzt außer den oben erwähnten gesundheitlichen Vor- teilen so viele Vorzüge, daß im Gegenteil darauf gesehen werden müßte, daß dieser große technische Fortschritt, welcher z. B. in Amerika dazu geführt hat, die Warmverleimung fast ganz zu beseitigen, überall sich durchsetzt. In Deutschland wird schon bei Vergabung von Siedlungsbauten usw. durch die Städte und andere Körperschaften vielfach sogar zur Be- dingung gemacht, daß die Verleimungen, welche der Witterung ausgesetzt sind, nur mit Kaltleim hergestellt werden. Während nämlich die mit Leder- oder Knochenleim her- gestellten Fugen unter dem Einfluß der Feuchtigkeit wieder auseinandergehen, wie ja wohl jedermann schon feststellen konnte, sind die mit einem guten Kaltleim hergestellten Ver- leimungen gegen alle Witterungseinflüsse unbedingt haltbar. Allerdings muß der Schreiber dieser Zeilen, dem so ziemlich alle Kaltleime bekannt sind, eingestehen, daß nicht alle Kalt- leime diesen Ansprüchen genügen; dagegen muß ein guter sogenannter Kasein-Kaltleim unbedingt wasserfest sein, und diese Bedingung wird gerade von dem in dem betreffenden Artikel erwähnten Luard-Kaltleim in 2ter Linie erfüllt.

W. R.

Die Abfahrtsrife in der Spielwarenindustrie.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ eine Zuschrift, in der es unter anderem heißt: „Das Herannahen der Herbst- und Weihnachtszeit hat zwar zu der Einstellung von Arbeitskräften Veranlassung gegeben, aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ehemals blühende Spielwarenindustrie zum größten Teil zugrunde gerichtet ist. Die Spielwarenindustrie hat sich zu ihrer einstigen Höhe entwickeln können nicht nur durch die Betriebbarkeit der Fabrikanten, sondern auch durch die niedrigen Arbeitslöhne, mit denen die arme Gebirgsbevölkerung der Heimindustrie sich nur durch äußerste Anstrengung begnügen konnte. Diese Verhältnisse haben sich geändert, und die Fabrikanten selbst werden hart be- drängt durch die enorm gestiegenen Löhnen, besonders auch durch die Steuerlasten und sozialen Abgaben. Dadurch ist es gekommen, daß man im Auslande zum Teil billiger fabri- ziert als in Deutschland. ... Eine kleine Besserung kann für den Rest dieses Jahres wohl eintreten, weil ein gewisser Weihnachtsbedarf bei den verbliebenen Abgabebereichen doch schließlich vorhanden ist. Es ist aber ausgeschlossen, daß die Spielwarenindustrie jemals die frühere Blüte auch nur annähernd wieder erreichen könnte, weil eben die alten Abfahrts- risten verloren sind und das Ausland die durch die hohen Steuern künstlich gezüchtete Industrie durch Ermäßigung dieser Steuern zu schädigen kaum werden wird.“

Daß die Spielwarenindustrie hart zu kämpfen hat, ist allgemein bekannt. Der Absatz sinkt im In- und Auslande. In Folge dessen ist das Zurück auf die allgemeine Verzerrung

des deutschen Volkes und auf die Absperrung des Auslandes gegen deutsche Spielwaren. Was die Zuschrift in bezug auf die Puppen sagt, nämlich, „daß mit Ausnahme der kleinen Kinder, welche billige weiche Puppen geschenkt bekommen, die heranwachsenden Kleinen Mädchen sich viel mehr für Sport als für Puppen interessieren“, trifft auf alle anderen Geldsachen zu. Daher kommt es, daß Leute, die überflüssiges Geld haben, heute weniger Spielwaren kaufen als früher. Und hier liegt vielleicht die Hauptursache der Absatzstörung.

Wenn in der Zuschrift behauptet wird, daß die Verhält- nisse sich in bezug auf die niedrigen Arbeitslöhne geändert hätten, so stimmt das nicht. Wichtig ist, daß die Heim- arbeiter dank der gewerkschaftlichen Lohnpolitik heute ein wenig mehr verdienen, ihr Verdienst ist aber noch immer ein ausgesprochen geringer. Der Vorstand des Fach- ausschusses für die erzgebirgische Spielwarenindustrie hat kürzlich auf Grund eigener Feststellungen die Heimarbeiter- verdienste auf 7 bis 20 Pf. pro Stunde angegeben. Daß solche „Löhne“ die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Spiel- warenindustrie nicht vernichten, darüber ist sich doch hoffent- lich auch der Reichsverband der deutschen Spielwaren- industrie nicht im Zweifel.

Hallo, hier der neue Redakteur der „Holzindustrie“.

Die „Holzindustrie“, das alleinige offizielle Organ des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie und des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, hat endlich einen neuen Redakteur: Georg Geißler. Wir haben leider nicht die Ehre, den Herrn persönlich zu kennen, wir müssen ihn also nach seinen Taten beurteilen. Was Herr Geißler bisher zusammengeschrieben hat, ist nicht berühmt. Seine Angriffe auf die Gewerkschaften sind womöglich noch ungeschickter als die seiner Vorgänger und deren Mitarbeiter. Und nun gar erst seine Antwort an die „Holzarbeiter-Zeitung“ wegen des Artikels „Aufreizung zum Vertragsbruch“. Vertragsstreue und Ver- tragspflicht sind in der Redaktion der „Holzindustrie“ eben unbekannte Begriffe. Das und nichts anderes beweisen die Ausführungen des Herrn Geißler.

Was uns eigentlich veranlaßt, Herrn Geißler heute hier zu erwähnen, ist sein Aufsatz „Arbeitgeber werden mit Ge- fängnis bestraft“ in Nummer 178 der „Holzindustrie“. Geißler zitiert den § 270 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der folgenden Wortlaut hat:

„Arbeitgeber werden mit Gefängnis bestraft, wenn sie Beitragsteile, die sie den Beschäftigten einbehalten oder von ihnen erhalten haben, der berechtigten Kasse vorsätzlich vor- enthalten; daneben kann auf Geldstrafe und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Bei mildernden Umständen kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.“

Herr Geißler ist über diese Strafbestimmung ganz entsetzt. „Wenn der Arbeitgeber nicht in der Lage ist“, schreibt er, „zu zahlen, so ist das für ihn, weil er Arbeitgeber ist, ein gleich großes Verbrechen, wie bei einem andern, etwa ein Diebstahl“ oder beinahe so schlimm wie ein Totschlag mit mildernden Umständen. ... Wenn es nun noch so wäre, daß der Arbeitgeber von seinen Arbeitern das Geld für die Bei- träge erhielte, um es an die Kasse weiterzubefördern, so könnte man noch mit einigem Recht von einem strafbaren Fall, eventuell sogar von einer Unterschlagung reden, aber so ist es doch nicht.“

Aber so ist es doch! Der Unternehmer hat dem Arbeiter vom Lohn einen bestimmten Betrag für die Arbeitslosen- versicherung abzugeben und diesen Betrag an die Krankenkasse abzuführen, diese wiederum führt den Betrag unverzinslich an das Arbeitsamt oder an das Landesarbeitsamt ab. Wenn der Unternehmer die dem Arbeiter vom Lohn ab- gezogenen Beiträge nicht abführt, so ist das eine regelrechte Unterschlagung. Herr Geißler erkennt das ja selbst an, er hat aber noch nicht begriffen, daß die Strafbestimmung sich auf die Abführung der von den Arbeitern geleisteten Bei- träge bezieht. Fällt ihm das wirklich so schwer, oder ist es Neugier?

Von der „Holzindustrie“ aufgeschreckt, bläst nun auch der „Holzmarkt“ in das gleiche Horn. Fernbachs junge Leute haben wenigstens herausgefunden, daß die Strafbestimmung sich auf die Nichtabführung der Beitragsteile der Arbeiter bezieht. Von einer Unterschlagung könnte aber gar keine Rede sein, denn der Lohn gehört nicht dem Arbeiter, sondern sei „Eigentum des Arbeitgebers“. — Der Verzapfer dieser Weisheit ist, Ehre, wenn Ehre gebührt, ein richtiger Gold- schreiber des Kapitals!

Gang und Größe des Wachstums junger Holzpflanzen.

Die Messungen über den Gang und die Größe des Wach- tums junger Holzpflanzen ergeben eine gewisse Gesetzmäßig- keit im Wachstum von Holzarten. Die Gesetzmäßig- keit im Höhenwachstum läßt sich auf vier Ursachen- gruppen zurückführen: 1. Auf den Standort der Pflanze, worunter die Einheit von Boden und Klima zu verstehen ist, 2. auf den Einfluß des Pflanzenalters, 3. auf die Herkunft und 4. auf die Eigentümlichkeit der Holzart. Was die Stand- ortsbedingungen betrifft, so hat sich stets die Witterung des Vorjahres als von großem Einfluß erwiesen. In Nord- schweden hat man festgestellt, daß ein trodenes, warmes Vorjahr auf die Föhren immer einen günstigen Einfluß aus- geübt hat. Umgekehrt hat man an Fichten in Niederösterreich beobachtet, daß trodene, heiße Sommer ungünstig wirken. Dieser Widerspruch ist leicht zu erklären: In dem feuchtkühlen

Nordschweden wirkt ein trockenwarmer Sommer vorteilhaft, während in dem wärmeren und niederschlagsreicheren Nieder- österreich ein kühles, feuchtes Jahr von ebenso günstiger Wirkung ist. Es gibt daneben Standorte mit mittlerem Klima, wo sich die Nachwirkungen des Vorjahres gar nicht zeigen oder die einzelnen Holzarten sich verschieden verhalten. Auch tritt der Einfluß des Niederschlags nicht merklich her- vor, wenn die Holzarten ihren Wasserbedarf aus Grundwasser decken können. Der Witterungseinfluß des Wachstumsjahres selbst läßt sich im Gegensatz zum Einfluß des Vorjahres nicht mit Sicherheit im Erhöhen- oder Höhenzuwachs feststellen. Dagegen zeigt sich eine deutliche Abhängigkeit der Dauer des jährlichen Zuwachses von der Jahreswitterung. Bei günstiger Witterung ist die Zuwachsdauer im allgemeinen kurz.

Umgekehrt zieht sich die Zuwachsdauer bei un- günstiger Witterung in die Länge. Günst und Ungünst sind je nach Stand und Holzart verschieden. Der Standort ist von maßgebendem Einfluß auf den Höhenzuwachs, nicht aber auf dessen Dauer; das gilt wenigstens für Fichte, Wacholder und Kiefer. Bei Laubbäumen interessiert die Zuwachsdauer je nach Boden- und Lichtverhältnissen einer erheblichen Schwankung. Länge und Dauer des Zuwachses verändern sich mit zunehmendem Alter: sie nehmen vom ersten Alters- jahr bis zu einem gewissen Alter zu und nachher wieder ab. Der Höhepunkt wird früh erreicht bei Holzarten, die eine rasche Jugendentwicklung durchmachen, und wenn der Stand- ort gut ist.

Nun zu der Frage der Herkunft der Holzart. Es hat sich gezeigt, daß namentlich Nadelhölzer äußerst zähe an der spezifischen Dauer des Höhenwachstums festhalten, auch wenn sie in eine ganz andere Umwelt verlegt werden. Der Wechsel des Standortes bringt also die erbliche Wachstums- anlage nicht ins Wanken, auch nicht nach Jahrzerhundert, und selbst dann nicht, wenn durch die Standortveränderung der Beginn des Höhenwachstums zeitlich verschoben wird. Von der inneren Anlage der Holzart ist auch die Zuwachs- gröÙe abhängig, wenn auch nicht in demselben Maße wie die Zuwachsdauer. „Man hat“, sagt der schweizerische Botaniker Dr. Burdiger, „bis jetzt wohl nicht nachgewiesen, Rassen aus günstiger Lebenslage ins Hochgebirge oder in den hohen Norden zu verpflanzen, weil sie vom Klima zerstört werden, hat aber zuwenig darauf hingewiesen, daß es praktisch auch sehr unrationell ist, auf günstigen Standorten langsam wachsende Rassen aus ungünstiger Lebenslage anzubauen. In günstigen Lagen verhalten sich nicht nur gut geformte, sondern auch raschwüchsige Bestände. Man darf die Rasch- wüchsigkeit gegenüber der Form nur vernachlässigen, wenn der bessere Sortimentspreis den geringeren Massenertrag übertrifft. ... Für mildere Lagen Mitteleuropas eignen sich von den Föhrenrassen am besten die Ostpreußen- oder Rigaföhren und die Südschweden. Fichten aus Hochlage in der Ebene zu pflanzen ist nicht nur unrichtig wegen des geringen Zuwachses, sondern auch, weil die Hochgebirgsföhren früher austreiben und deshalb in der Ebene viel mehr unter den Spätfrösten zu leiden haben als Tieflandfichten.“ R. E.

Mississippiüberschwemmung und Holzwirtschaft

Bei der Mississippiüberschwemmung in diesem Frühjahr hat auch die nordamerikanische Holzwirtschaft schwere Schäden erlitten. Nach Zeitungsmeldungen wird die Holz- produktion der Vereinigten Staaten von Nordamerika dieses Jahr infolge der letzten Mississippiüberschwemmung um eine Billion Kubikfuß (1 Kubikfuß gleich 0,283 Kubikmeter) unter- der normalen Jahresproduktion zurückbleiben. Die Über- schwemmung hat 234 Sägewerke mit einer normalen Tages- produktion von 8 250 000 Kubikfuß betroffen; 103 Sägewerke standen unter Wasser, die Menge des unter Wasser gefesteten Holzes erreichte die ungeheure Zahl von 304 500 000 Kubikfuß.

Feuerfestes Holz.

In Norwegen sind während eines vollen Jahres Ver- suche gemacht worden, Holz mit einem Präparat zu im- prägnieren, das das Holz feuerfest macht. Man hat probe- weise ein Holzhaus errichtet, um an diesem die praktische Tauglichkeit des Verfahrens gegen Feuer, Wasser und Kälte zu erproben. Die nunmehr abgeschlossenen Versuche sind über Erwarten günstig ausgefallen. Bei keiner der vor- genommenen zahlreichen Proben ist es gelungen, das Holz- haus anzuzünden oder zum Brennen zu bringen.

Nunmehr wird beabsichtigt, das Imprägnierungsmittel, dem der Erfinder, der norwegische Ingenieur Magelsen, den Namen Plybest gegeben hat, fabrikmäßig herzustellen. Eine der größten Osloer Holzfirmen hat sich bereits das alleinige Herstellungsrecht für Plybest gesichert. Mit dem Präparat können auch Tapeten beschwert werden, die dadurch gleich- falls unverbrennlich gemacht werden. Norwegische Sach- verständige, die Gelegenheit hatten, mit dem imprägnierten Holz Proben vorzunehmen, erklären, daß durch die Er- findung das Problem des feuerfesten Holzes gelöst sei.

Die größte Säge der Welt.

Ein Riese der Technik, die größte Säge, die es gibt, ist von einer Werkzeugfabrik in Philadelphia hergestellt worden. Nach einem Bericht in Reclams Universalium hat das Sägeblatt einen Durchmesser von 2 1/2 Meter und wiegt über 7000 Kilo- gramm; es besteht aus besonders gehärtetem Stahl und hat einen Umfang von 7 1/2 Meter. Die Umdrehungsgeschwindigkeit beträgt etwa 3000 Meter in der Sekunde, und in 50 Sekunden durchschneidet die Säge Baumstämme von 1 Meter Durchmesser.



Unterhaltung und Wissen



Mein Nefle, der Detektiv.

Von Kurt Offenburg.

Mein Nefle Philipp ist ein hoffnungsvoller junger Mann. Er hat einen wachen Geist. Allzu wach — wie seine arme Mutter mir immer wieder klagt, die dem Sturm und Drang seiner Katastrophe leinawegs gewachsen ist. Bis neulich (nur mit allerseits Bemühungen hat er sich in der Schule durchgeholfen) war er nur der Schrecken aller Obsthäuser, Kassen und Automobilgaragen in der Nachbarschaft. Seit kurzem aber hat er mit dem Blick des Goldhären ein ausdauerndes, unerschütterliches Feld für seine Unternehmungen entdeckt. Unser Philipp liebt! Seine Mutter, die es nicht lassen kann, in ihrem einzigen Jungen etwas Überauswonderbares, eine Kreuzung zwischen Goethe und Napoleon zu wittern, und die sich niemals daran gewöhnen kann, daß er nur ein Gaubub ist (und bleiben wird), teilte mir dies Ereignis neulich unter tiefen Hoffnungsäußerungen mit.

Aber — aber, auch Philipps neuer Gang zur Welt hat sich als gefährlich erwiesen. Mein Nefle liebt — Detektivgeschichten: Sherlock Holmes, Frank Keller usw., ungerne die dunkle Welt der Detektiv, die er uns nicht zeigt, und deren Inhalte wahrscheinlich am aufregendsten sind. Wenn ich ihm komme und der Blick schon gedreht ist, er scheint er, das Buch unter den Arm geklemmt, steht mit aufgestemtem Ellenbogen, die Zeigefinger in die Ohren gesteckt, mit glühendem Kopf am Mikroskop und liest. Beim Essen starrt er mit seinen bläulichen Augen abwesend und gedankenschwer in weite Fernen.

Ich sagte gleich meiner Schwester, daß er schon einen Weg finden würde, aus seiner Welt der Ruhe zu ziehen. So natürlich, daß wir die Kosten zu tragen haben werden. Und so kam es.

Das erste Meisterstück des Lehrlings Philipp passierte auf dem Jahrmarkt. Ich traf ihn dort. Der Bub trieb sich allein mit einer stillen Geschäftigkeit herum, die schon nichts Outos verheißt. Dann, als ich ihn allein ließ, geschah folgendes: Philipp blieb bis zuletzt und erwischte auch richtig, als die Kaufbuden schon geschlossen waren, einen kleinen krummen Mann, der sich zwischen der Leinwand durch in eine Bude schlich und mit einer eleganten Damenhandschuh wieder heraustrat, die er einem schon wartenden Mädchen geheimnisvoll zusteckte. Philipp in seinem heftig bewegten Entdeckungsdrang noch sofort den Reimnalsfall. Da seine Vorkräfte nicht ausreichten, den Reimnalsfall zu halten, schrie er mit den grellsten Tönen seiner mittleren Stimme: „Haltet den Dieb! Haltet den Dieb!“, bis eine dicke Frau aus einem gelben Wohnwagen hinter der Bude hervorkam und den Dieb als ihren Mann, den Besitzer der Bude, erkannte, der sich auf solch heimlichen Wegen aus seinem eigenen Laden nur ein galantes Geschenk für das junge Mädchen geholt hatte. Die Folgen waren schrecklicher, als wenn die Polizei den Armen gefaßt hätte: es regnete Schimpfworte vom stärksten Kaliber, und da die Wagendame gegen das rotbackige Mädchen tätlich vorzugehen begann und auch Philipp in ihre wenig wohlwollende Gnade einbezog, ergriß das Mädchen das Damenpanier, und Philipp ließ ebenfalls seine geheimnisvolle Aufgabe im Stich und rannte weg, so rasch wie ihn die Füße tragen konnten.

Dieser Mißerfolg kahlte den Jungen nur vorübergehend ab. Philipp spitzte und suchte nach Geheimnissen, statt seine Schulaufgaben zu machen, um in der Lehre vorwärtszukommen.

Oestern, als ich nach Hause kam, fand ich meine Schwester in Tränen. Philipps Erfindungsgeist hat inzwischen so funktioniert, daß sie Krach mit der ganzen Nachbarschaft hat, weil der Junge überall als Spion überaus überraschend hinter allen Türen steht, mit Mundspiegeln arbeitet und Mehl streut, um Fußspuren festzuhalten. Heute war sogar ein Schuhmann da und hat sich nach Philipps Namen erkundigt. Meine arme Schwester vermisst gefährliche Dinge.

Daraufhin entspann sich zwischen dem Jungen und mir folgendes Gespräch:

„Sag — was hast du dir eigentlich gedacht?“

Philipp stotterte: „Am Sonntag . . . ich habe mir gar nichts gedacht. Es war auch eine finstere Geschichte. Die Polizei hat es nur nicht zugeben wollen.“

„Also erzähle.“

Und Philipp berichtet unter häufigem und tiefem Atemholen und mich unschuldig anstarrend dieses Begebnis:

Er stand am Sonntag nachmittag (wahrscheinlich nach Aufgaben für seinen Spürsinn ausübend) am Fenster. Da sieht er, daß im verschlossenen Magazin gegenüber der herabgelassene Kolladen etwas in die Höhe gezogen wird. Mein Philipp schöpft Verdacht. Er piricht sich, Erinnerung an Indianerstrategie, mit einem Opernglas bewaffnet in den Sauschlur, bauscht am Schlüsselloch der hinteren Eingangstür.

Ich frage: „Mit dem Opernglas?“

„Ach was! — — —“

„Der hat er nur so mitgenommen. eben so . . .“

„Ja und dann?“

Dann hätte er Verhütung.
„Der Inhaber des Geschäfts wird da gewesen sein“, sage ich.

Philipp schwört: „Nein!“

Er wartet eine Stunde lang, dann verlegt er sein Beobachtungsfeld nach der Straße.

„Und dann?“

Nach einer weiteren Stunde geschah das Merkwürdige. Eine viel zu schön gekleidete junge Dame verließ das Haus. Mit Perlenohrringen und roten Schuhen.

Ich: „Die Dame wohnt gewiß im Hause.“

„Ach was! — Da sind nur Dreizimmerwohnungen. Das war die Elberfelderin!“ sagt Philipp mit Bestimmtheit.

Die eine Stunde Glück.

Die eine Stunde Glück, die uns der Tag beschert,
Wenn heiß die Sonne ins Gesicht uns springt,
Wenn eine Amsel jag im Abend singt,
Wenn rauschvoll Liebe uns begehrt;

Die eine Stunde Glück, die wir mit vollen Händen
Als Herrscher dieser Erde kräftig halten,
Wenn aus des Tages Chaos die Gestalten
Ihr Antlitz sieghaft zu dem Schöpfer wenden;

Die eine Stunde Glück — sie ist genug,
Um neuen Kampf mit einer Welt zu wagen.
Den Schwachen, die ihr Joch mit Würde tragen,
Ist eine Stunde Glück mehr als genug;

Denn aus ihr strömt die ewige Kraft,
Die aus den Sklaven Weiden schafft!

R. O.

„Hatte sie ein Paket?“

„Nein — Paket hatte sie keines. Das hatten ihre Helfershelfer. Aber sie hatte ein bibles Gewissen!“

„Woher willst du das wissen?“

„Sol“ sagt Philipp. „Ich ging hinter ihr her. Sie war ganz unruhig, ging einmal auf die eine Seite der Straße und dann wieder auf die andere und sah sich immerzu um.“

„Du wirst ihr peinlich geworden sein.“

„Ja — ich ging einmal dicht zu ihr hin und sah sie fest an. Da wurde sie ganz rot und sagte: Geh weg, du Banael!“

„Das hätte ich auch gesagt. Ja und dann?“

„Und dann ging sie in den ‚König Wilhelm‘.“

„In das allerfeinste Hotel der Stadt? Was soll denn die Einbrecherin dort?“

„Versteht du denn nicht, Onkel. Sie ist eine elegante Dame und kommt aus einem gewöhnlichen Haus und geht in ein so feines Hotel. Da stimmt etwas nicht.“

„Und du?“ (Mir schien es auch, als ob da etwas nicht stimmte.)

„Ich ging ihr nach, daß sie es merkte, und sah nur mit dem Opernglas nach ihr. Dann ging ich ins Hotel, und da sah ein Herr, und auf den ging sie los, und dann ging sie gleich in den Saal und sah sich immerzu um. Das war der Helfershelfer.“

„So?“

„Ich ging zum Portier, frag, wie die Dame hieße. Der wollte es nicht sagen. Vielleicht war er auch im Komplott.“

„Meinst du?“

„Ja! Absolut! Dann ging ich hinaus und kletterte über die Gartenmauer und stellte mich auf eine Bank, daß ich in den Speisesaal sehen konnte. Da saßen sie in einer ganz dunklen Ecke. Der Herr hatte ein Etui in der Hand, darin glänzte etwas Brillantes. Das hatte sie gestohlen!“

„In dem Magazin?“

„Ja natürlich in dem Magazin.“

„Aber, mein lieber Philipp, das ist doch ein Bettwariengeschäft und kein Juwelierladen.“

„Ja — dort hatten sie es versteckt, weil es da niemand sucht.“

„Sage mir, mein Junge, wiefo bestellt man deinen Onkel und Vornamen auf das Polizeiamt in Angelegenheiten des Bekehrungs Philipp K.“

Philipp sprudelt: „Da hat sich diesmal sicher etwas herausgestellt und sie wollen es mir nicht sagen, weil ich nur ein Bekehrter bin. Ich habe nämlich sofort an die Polizei telephoniert, daß ich ein Verbrechen entdeckt habe, und sie sollten schnellstens einen Schutzmännchen schicken!“

„Und sie haben einen Schutzmännchen geschickt?“

„Natürlich! Ich habe gesagt, daß sie die Dame festnehmen sollten, denn sie habe ein Verbrechen begangen; und sagte noch, daß sie Angst hätte. . .“

„Und?“

„Da ging der Schutzmännchen hinein und wollte nach ihrem Namen fragen.“

„Und dann?“

„Aber er heraus und sagte: Das ist eine ganz feine Dame. Ihren Namen wollte er auch nicht nennen. Und er feug mich, was sie gemacht habe. Zum Trost habe ich ihm dann auch nicht gesagt, daß sie eingebracht haben.“

Philipp kam wieder ins Schluchzen; „Jetzt bestellen sie dich, Onkel, auf die Polizei, weil ich das Verbrechen nicht erzählt habe.“

Die Sache schien mir dunkel.

Andere Tages kam ich auf das Polizeiamt unserer kleinen Stadt. Einer kennt da den anderen. Ich wurde zum Kommissar geführt.

„Mein lieber Doktor Mayer, könnten Sie Ihren Herrn Nefen nicht von seiner Detektivtätigkeit abhalten? Es wird zu heftig für uns. Wissen Sie, einer der größten Fabrikanten unserer Gegend — verheirateter Mann, man kennt das ja — hat sich mit einer jungen Dame, die hier irgendwo bei ihren Eltern wohnt, zu einem kleinen Körper getroffen. Wir haben uns da hineingemischt, dank Ihrem Herrn Nefen. Die Hoteldirektion war gezwungen, Konsequenzen zu ziehen. Die Dame hatte ihren Namen nicht ganz einwandfrei eingetragen. Ein angesehenes Alter Herr, ein Bekannter natürlich. Es war uns allen sehr peinlich.“

Ich schüttelte dem Kommissar dankend und entschuldigend die Hand. „Ja — mein Nefle hat eine Nase für dunkle Angelegenheiten.“

Ich habe ihm nun das Beson von Detektivgeschichten ernstlich verboten. Eher soll er Lapsal stehen, damit gerührt er wenigstens nicht das deutsche bürgerliche Familienleben.

Jucker, ein Wundermittel gegen Mückenstiche.

Die Mückenplage macht sich auch dieses Jahr wieder sehr stark bemerkbar, wenn sie auch nicht in so gewaltigem Umfang auftritt wie im vorigen Jahr. Da man ein Mittel zur Fernhaltung der Mücken vom menschlichen Körper leider noch nicht kennt — die oft angepriesenen Mittel sind fast alle wirkungslos —, so ist es wichtig, ein Mittel zu haben, das die unangenehmen Folgen der Mückenstiche sehr schnell beseitigt, zumal die kurzen Abstände der heutigen Mode und die dünnen seidnen Strümpfe Anknacke der blutsaugenden Insekten auf die Frauenbeine geradezu begünstigen. Ein ziemlich unbekanntes Mittel, das aber ebenso schnell wirkt, wie es ungewöhnlich billig und überallhin leicht mitzuführen ist, ist der Jucker. Wenn man von einer Mücke gestochen wird, so nehme man ein Stückchen harten Zuckers, besuche ihn ganz wenig und reibe vorsichtig die Stelle ein, die sich durch Jucken bemerkbar macht. Es ist durchaus nicht notwendig, mit dem harten Zuckerstück stark die Haut zu reiben und sie vielleicht zu verwunden, sondern es genügt, wenn eine ganz geringe Menge der süßen Feuchtigkeit auf die Stelle des Mückenstichs aufgetragen wird. Man verfathe dann mit dem Finger ganz leicht die Feuchtigkeit auf der Wunde, die sich inzwischen gebildet hat, und wird in wenigen Minuten feststellen können, daß das Jucken aufhört. Auch die kleine Geschwulst, die sich durch den Mückenstich gebildet hat, bildet sich in wenigen Stunden völlig wieder zurück, so daß die unangenehmen Folgen des Mückenstichs tatsächlich vollkommen beseitigt werden. Das Mittel ist darum so angenehm, weil es überallhin in der Tasche mitgeführt werden kann. Wenn man aber keinen Stückenzucker im Hause hat, dann genügt auch ein ganz klein wenig feiner Zucker. Ein oder zwei Körnchen werden in gleicher Weise auf der Haut verrieben, die genau dieselbe Wirkung ausüben wie der Stückenzucker.

Eine Löwenzüchterei.

Die starke Sportlagers auf Böwen im Verein mit dem immer umfangreicher werdenden Bedarf der Zoologischen Gärten, Zirkusse, Fliegengesellschaften usw. haben dem Löwenbestand in der Welt sehr geschadet. Der König der Tiere ist ein seltenes Wild geworden, dessen Fang immer größere Kosten verschlingt. Selbst wohlausgerüstete Jagd- und Fangexpeditionen rentieren nicht mehr, so daß die Knappheit an Löwen immer größer wird. Nunmehr ist ein phantasievoller Amerikaner auf die Idee gekommen, eine Löwenzüchterei aufzumachen. Sie liegt in Kalifornien, dessen warmes, trockenes Klima dem Wildenbög bestimmtlich ist, und enthält zurzeit 75 Tiere beiderlei Geschlechts. Die Löwinnen bis zu zweimal jährlich je drei bis vier Junge werfen, so kann die Kolonie recht bald einen stattlichen Umfang annehmen. Der Betrieb ist natürlich nicht leicht, aber auch bei weitem nicht so gefährlich, wie man ursprünglich gedacht hatte. Die Tiere gewöhnen sich bald an das Bedienungspersonal und lassen es in Ruhe. Den Löwinnen werden die Jungen nach der Geburt so schnell wie möglich fortgenommen. An ihre Stelle tritt dann die Milchflasche, bei der die Babys sehr gut gedeihen sollen. Bei der starken Nachfrage nach Löwen rentiert sich das Geschäft ausgezeichnet. Für ein Junges werden bis zu 1000 Mark gezahlt, ausgewachsene Tiere bringen es sogar bis auf 20000 Mark, welcher Preis natürlich eine Ausnahme ist. Für gewöhnlich bringen sie kaum die Hälfte davon ein.

kd.

Vom Baumstamm zum Damenstrumpf.

Von Dr. Severin Fränkel.

Wir stehen heute mitten in einem Zeitalter großartiger technischer Entwicklung und haben es fast verlernt, jede einzelne Erfindung menschlichen Erfindungsgeistes nach Gebühr zu würdigen. Wir betrachten es schon fast als Selbstverständlichkeit, daß das, was vor kurzem noch Utopie war, heute schon ein Erfordernis unseres täglichen Lebens ist, auf das wir nicht verzichten möchten. Eine besondere Bedeutung haben in dieser Hinsicht alle jene Erfindungen und Verfahren, mit deren Hilfe wir unentbehrliche Naturprodukte, die uns nur in beschränkter Menge zur Verfügung stehen, aus anderen Stoffen herstellen. Es ist interessant, zu beobachten, wie immer dann, wenn die Nachfrage nach einem Produkt die Erzeugungsmöglichkeit zu übersteigen droht, die Technik mit sich dann entsprechende Erfindungen in die Welt setzt, das mit einem oft dem Naturprodukt überlegen erweist. Als Beispiele seien hier nur erwähnt: Die synthetische Herstellung vieler in der Natur vorkommender Farbstoffe (Indigo, Krapp) und Arzneimittel, die Gewinnung von Dünge- und Gärungsmitteln aus dem Stickstoff der Luft, die Darstellung künstlicher Edelsteine und Perlen u. a. m. Erst in allerletzter Zeit haben die Versuche zur Herstellung flüssiger motorischer Betriebsstoffe aus Kohle — Kohleversäuerung — als Erfolg für die aus Erdöl gewonnenen Stoffe die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt.

Eine besondere Stellung unter diesen Erzeugnissen nimmt die Kunstseide ein, die sich innerhalb von kaum zwei Jahrzehnten die gesamte Erde als Absatzgebiet erobert hat und deren Industrie heute ein achtunggebietender Faktor im Haushalt vieler Staaten geworden ist, was am besten durch einige Zahlen veranschaulicht sein möge: Im Jahre 1909 betrug die Weltproduktion an Kunstseide 7 Millionen Kilogramm, 1926 bereits 150 Millionen Kilogramm. In dieser Zunahme haben die Vereinigten Staaten von Amerika den größten Anteil, die ihre Produktion innerhalb von fünf Jahren (1920 bis 1925) von 4,6 Millionen auf 23 Millionen Kilogramm steigern konnten.

Die Kunstseidenproduktion kann kaum mit der Nachfrage Schritt halten, was z. B. im Jahre 1924 in England zu einer vorübergehenden Rationierung geführt hat. Es ist auch bemerkenswert, daß jene Länder, die die Hauptproduzenten von Naturseide sind, wie Italien und Japan, die Entstehung einer Kunstseidenindustrie nicht nur nicht erschwert, sondern sogar mit allen Mitteln gefördert haben. Dies sowie die auch in den letzten Jahren anhaltende Steigerung der Erzeugung von Naturseide zeigt am besten, daß die Ansicht durchaus richtig ist, die Kunstseide sei ausschließlich ein Erzeugnis der Naturseide, das dieselbe vom Markt verdrängen werde, wie etwa feinerzeit das synthetisch hergestellte Indigo, das Naturprodukt. Die Kunstseide ist vielmehr eine selbständige Textilfaser, die ihre eigenen Anwendungsgebiete besitzt und auch zur Herstellung ganz neuer Fertigprodukte Anlaß gegeben hat. Daneben hat sie wohl auch teilweise dort Anwendung gefunden, wo die Naturseide bisher eine Monopolstellung besaß. Zu Mißdeutungen hat besonders der schlecht gewählte Name „Kunstseide“ beigetragen, der vor allem hinsichtlich der chemischen Zusammenfassung unzutreffend ist, da die Naturseide aus eiweißartigen Verbindungen besteht, während die hauptsächlich hergestellten Sorten Kunstseide reine Zellulose sind. Man hat daher in Deutschland neuerlich den Namen „Glanzstoff“ in Vorschlag gebracht.

Die Idee der Herstellung einer künstlichen Seide ist keineswegs so jungen Datums, wie man vielfach annimmt. Als erster hat bereits der französische Physiker Réaumur diesen Gedanken geäußert, doch konnte, abgesehen von mechanischen Schwierigkeiten, ein derartiges Verfahren erst bei Verwendung von genügend billigen Rohstoffen Aussicht auf Erfolg haben. Dieser Bedingung entspricht in glänzender Weise das heute hauptsächlich angewandte Viscoseverfahren, bei welchem als Ausgangsmaterial Holz verwendet wird.

Wie verläuft nun der Werdegang der Kunstseide vom Baumstamm bis zum fertigen Produkt? Der Fabrikationsprozess gliedert sich in die folgenden vier Phasen: Herstellung des Ausgangsmaterials (Zellstoff), Überführung des Zellstoffs in die Spinnlösung (Viscose), Spinnen und Ausziehen des Fadens, Nachbehandlung des Rohprodukts. Die gefüllten Fichtensäulen werden zunächst entrinde und in der Zellstofffabrik in eigenen Maschinen mit scharfen Messern auf Nußgröße zerschnitten und aufgefaser, dann gelangen sie in große Druckkessel, wo sie mit einer Lösung von Kaliumsulfat in überschüssiger schwefeliger Säure längere Zeit unter Druck erhitzt werden. Dadurch werden aus dem Holz alle anderen Stoffe, vor allem Lignin, herausgelöst, und es bleibt reiner Zellstoff (Zellulose) zurück. Dieser wird noch mit Chorkalk gebleicht, mehrere Male gewaschen und schließlich in Form von dicken Platten auf heißen Walzen getrocknet.

Der so erhaltene fast reine Zellstoff kommt nun in die Kunstseidenfabrik, wo er zunächst in kleinere Platten zerschnitten wird. Diese gelangen in die sogenannten Tauchpresse, in welcher der Zellstoff durch eine Lösung von Natronlauge in Natronzellulose übergeführt wird. Nach dem Abpressen der überschüssigen Lauge werden die Platten zerkleinert und kommen in große, verschlossene Kammern, in denen die Natronzellulose durch mehrere Tage „reift“. Dann wird die Masse in Trommeln, den sogenannten Sulfidierungstrommeln, mit einer Lösung von Schwefelkohlenstoff und Lauge durchgeseiht, wodurch nach mehreren Stunden ein gelber Teig entsteht, der dann in Wasser zu einer dicken Flüssigkeit gelöst wird. Diese Lösung, die in Farbe und Zähigkeit stark an Honig erinnert, heißt Viscose und scheidet bei Zusatz von Säuren wieder die feste Zellulose ab; auf dieser Eigenschaft beruht die Erzeugung des Fadens bei dem nachfolgenden Spinnprozess. Die Viscose wird zur Entfernung der noch aus dem Zellstoff stammenden Verunreinigungen unter Druck durch Baumwollfilte gepreßt, worauf man sie wieder einige Tage reifen läßt. Diese Reifung besteht in gewissen chemischen Veränderungen, die für die nachfolgende Verspinnung nötig sind. Die gereifte Viscose wird noch entlüftet, wodurch die eingeschlossenen Luftblasen, die in den Fäden mit übergehen könnten, aus der Lösung entfernt werden, und gelangt dann zu der Spinnapparatur. Diese ist im wesentlichen nichts anderes als die Vorrichtung, deren sich die Seidenraupen und die Spinnen zur Herstellung ihrer Fäden bedienen. So wie bei diesen Tieren das von einer Drüse abgegebene Sekret durch eine enge Leibesöffnung als feiner Strahl gepreßt wird und an der Luft erstarrt, entsteht aus der durch enge Spinndüsen unter einem Druck von etwa zwei Atmosphären herausgepreßten Viscose der feste Faseridenfaden. Man verwendet in der Praxis meistens nicht eine einzelne Spinnöffnung, sondern eine aus einer Goldplatinlegierung bestehende Spinnbrause mit 20 bis 40 Löchern, die in eine mit gewissen Salzen versetzte Lösung von Schwefelsäure, das sogenannte Fällbad, mündet. Nach älteren Verfahren wurde auch ohne Verwendung eines Fällbades trocken gesponnen, doch ist man fast gänzlich davon abgekommen. Die augenblicklich erstarrten Einzelfäden werden gleich zusammen aufgespult, wobei der Faden zur Erzielung größerer Feinheit durch Zug gestreckt wird. Bei der folgenden Nachbehandlung werden die Fäden noch entwässert, gebleicht, gewaschen und getrocknet; soll das Fertigprodukt besonderen Glanz aufweisen, so werden die Lustranten zum Schluß durch eine eigene Wärmebehandlung durchströmen.

Die fertige Kunstseide kann nun in derselben Weise wie Naturseide gefärbt, appretiert und gewirkt oder gewebt werden. Die Anfärbung der Kunstseide bereitete eine Zeitlang gewisse Schwierigkeiten, doch ist es gelungen, ihrer Herr zu werden, und man kann heute der Faser jeden gewünschten Farbton verleihen. Neben dem eben geschilderten Viscoseverfahren stehen zwar noch einige andere in Gebrauch, doch beherrscht die Viscoseseide mit 85 Prozent der Produktion den Markt. Das sogenannte Nitroverfahren, mittels

dessen Graf Chardonnet in seiner Fabrik in Besangon im Jahre 1891 zum erstenmal einwandfreie Kunstseide in größerer Menge erzeugte, wird heute nur mehr von wenigen französischen und belgischen Fabriken angewendet. Weiter sind die deutschen Fabriken hinsichtlich des Viscoseverfahrens anderen Ländern, besonders der USA, gegenüber infolgedessen im Nachteil, als die zur Zellstoffgewinnung erforderlichen Holzmassen aus dem Ausland eingeführt werden müssen, da die verfügbaren deutschen Waldbestände viel zu gering sind. Trotzdem steht die deutsche Kunstseidenindustrie zurzeit an dritter Stelle hinter den USA und Italien und bestritt im vergangenen Jahr ein Viertel der gesamten Weltproduktion. Sehr begünstigt wurde die Entwicklung der Kunstseidenindustrie durch die Mode der letzten Jahre, die in immer steigendem Maße Kunstseide als Material für Strick- und Wirlwaren beanspruchte. So wurden nach sachmännischen Schätzungen 50 bis 60 Prozent der Kunstseidenproduktion für Strümpfe und Strickwaren verwendet.

Der Siegeslauf der Kunstseide scheint noch lange nicht abgeschlossen zu sein; dafür spricht einerseits die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der Fabrikation; andererseits die andauernde Zunahme des Absatzes. Wenn man bedenkt, daß im vergangenen Jahr trotz einer Produktion von 150 Millionen Kilogramm nur 2 Prozent des Gesamtverbrauchs an Faserstoffen für Bekleidungswecke auf Kunstseide entfiel (Baumwolle 80 Prozent), so kann man mit einiger Wahrscheinlichkeit der Kunstseide noch eine große Zukunft voraussagen.

Bücher und Zeitschriften

Meyers Lexikon in 12 Bänden. Siebente, völlig neu bearbeitete Auflage. Über 160 000 Artikel und Verweisungen auf etwa 21 000 Spalten Text mit rund 5000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text; dazu etwa 610 besondere Bildertafeln (darunter 90 farbige) und 140 Kartenbeilagen, 40 Stadtpläne sowie 200 Text- und statistische Überstunden. Band 6 (Hornbügel bis Korrekto) in Halbleder gebunden 30 Mk. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig. — Auch der vorliegende sechste Band von Meyers Lexikon ist in jeder Hinsicht eine Prachtleistung. Es gibt kaum eine Frage von allgemeiner Bedeutung, auf die der „Meyer“ nicht klar und erschöpfend antwortet. Höchste Anerkennung verdienen die dem Bande beigelegten Karten, Stadtpläne, ein- und mehrfarbige Bilder.

Vierteiljahressblätter des Volksverbandes der Buchfreunde. Das neue Heft enthält bisher unerschlossene, äußerst lebendig geschriebene Beiträge von Bonsels, Bröger, Rabe, Stefan, Ulke, Berend, Hans Behge, Heinrich, Hans Offenbach, Max Schöndorf, Karl Etklinger, Oberlandesgerichtsrat Bovenstein. In der Bescheidenartigkeit der Stoffgebiete bildet das Heft eine Quelle bester, anregungsreicher Lektüre. Künstlerisch gleich stark und individuell sind die Illustrationen. — Aus den Buchanzeigen des V. d. B. erfährt man das Programm der 9. Jahresreise mit Werken von Elfe Rabe, H. S. Houben, Paul Stefan und Perkonig, die bisherigen Neuerwerbungen des Jahres 1927 und interessante Mitteilungen über die teils, künstlerisch und technisch einzigartige Lucas-Cranach-Bibel. Die Mitgliedschaft V. d. B. ist bei völlig freier Buchwahl kostenlos. Druckschriften unberechnet durch die Geschäftsstelle, Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Straße 42/43.

Zentralanfragestelle der Schüler usw., Hamburg

Gesamteinnahme im Juli 1927 62 766,75 Mk.
Gesamtausgabe im Juli 1927 12 346,75 Mk.
Er gibt Mehreinnahme 50 420,— Mk.
Achtung! Am 27. Juli sind neue Adressenverzeichnisse versandt. Ortsverwaltungen, die nicht in den Besitz derselben gelangt sind, wollen sich gefälligst melden.
Ferner wird auf die neuen, ab 1. August erhöhten Portofäge aufmerksam gemacht. (Siehe auch „Holzarbeiter-Zeitung“, Nummer 32, vom 6. August 1927.)
H. Gut., Hauptkassierer.

Rehemeister. Die Hand- und Fußarbeit des Rehmehrs ist nach 1. Oktober einstufige Tätigkeit mit herkömmlichen Fähigkeiten, guter Allgemeinbildung, der imstande ist, die Tischlerlehre zu lehren und im Besonderen auch die Holzverarbeitung zu unterrichten. Besondere Erfolge nach Gruppe VII. Schriftliche Bewerbungen mit Bild, Lebenslauf und Zeugnisse sind bis 1. September zu senden an die Direktion der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Bielefeld.

Zwei Stuhlpolierer für sofortige Beschäftigung. H. & G. Eppich, Stuhlpolier, Stadthaus i. Berl.

Wir helfen Hochmoor auf Wetterarbeit am bei guten Lohnverdienst. Holzwerkzeug-Industrie, Witten in Westfalen.

5 od. 6 Hochmoor auf Wetterarbeit, mit 20 % Lohnzuschlag ab 1. August. Holzwerkzeug-Industrie, Witten in Westfalen.

Verbandsmitglieder! Schließt an Versicherungen ab bei der **Volkspflege**. **Hamburg 5.**

Jeder hochachtbare Tischler liebt dieses Fachblatt für Holzarbeiter. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin 60 16.**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin 60 16.

Der Möbeltischler. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin 60 16, Am Köllnischen Park 2.**

Hobelbänke. la Qualität. Bitt. beste ged. Roth. Eisenpl. sämtl. Größ. 2 m lg. 75 Mk. Karl Rasmich, Pirna, Gartenstr. 4.

Eiserne Schraubzwingen mit Stahlschiene u. Kugeldruckplatte 20 cm Spannweite pro Dtd. 24 Mk. 25. **Schraubknechte** 100 120 140 160 cm Spannweite 5,50 6,— 6,50 7,— Mk. pro Stück freijed. Station. Garantie f. jed. Stück. **Max Walther, Dresden 22.**

FRITZ KRESS Der Geländerbauer. Ein Handbuch für die Praxis zur Herstellung der Geländer aus Holz, unter besonderer Berücksichtigung der Ausstrahlung der Geländertrümmelinge. Mit 224 Abbildungen. **Preis: 4 Mark**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin 60 16, Am Köllnischen Park 2

Hobelbänke, Kollegien! la Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindeln, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. Briefmarken. **Max Walther, Dresden 22, Rehfelder Strasse 53.**

Tischlerschule. Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge. Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. **Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.**

Kollegien! Vorzugsgüter für **Hobelbänke!** Schwere Ausführung, gedämpfte Rotbuche, 2 m lang, Stahlspindel, 80 Mk. inkl. Verpackung. Jede andere Bank billigst. Katalog 20 Pf. Bauhütten-Verb.-Verh. Schles., Abt. Werkzeug- u. Liegnitz, Gleiwitzer Str. 1.

Stuhlflechtrohr! Beste, ergiebige Qualität. Halbl. rothand Nr. 2a 3a 39 pro Pfund Mk. 4,20 4,— 3,90 Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt. **Walther, Dresden-N., Rehfelderstr. 53.**

Leim- u. Furnieröfen fertig als Spezialität (Preis gratis). **Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.**

Die Bildhauerei. **Preis 3 Mark**. Vorzugspreis für die Verbandsmitglieder nur 2 Mark.

Heft 3 1927. Der neuzeitliche Charakter dieses Heftes mit 90 überwiegend ornamentalen Motiven sei besonders hervorgehoben. **ist erschienen!** Die Hefte 5, 6, 7, 1926 u. Heft 1 u. 2, 1927, sind zu denselben Bedingungen lieferbar.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin 60 16, Am Köllnischen Park 2 :: Verbandskonto: Berlin NW. 7, Nr. 28397